©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GÜNTER HOLLENBERG

BÜRGERLICHE SAMMLUNG ODER SOZIALLIBERALE KOALITION?

Sozialstruktur, Interessenlage und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten 1918/19 am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main

Das Forschungsinteresse an der deutschen Revolution von 1918/19 hat sich in den 1960er und 1970er Jahren auf die soziale Bewegung der Arbeiterschaft, insbesondere die Rätebewegung, konzentriert und dabei die in ihr enthaltenen – wenngleich, je nachdem, gescheiterten, vertanen oder verratenen – Ansätze zu einer Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ins Bewußtsein gehoben[1]. Inzwischen aber, so schreibt Gerald Feldman, seien wir „an einem Punkt angelangt, wo eine Umkehrung der Forschungsrichtung unserem historischen Verstehen nur nützen könnte. Statt wie bisher sich auf die Frage zu konzentrieren, wie die Verlierer hätten gewinnen können, sollte man sich fragen, wie die Sieger gewinnen konnten". Den Arbeiter- und Soldatenräten könne „vielleicht im Gegensatz zu den antirevolutionären Kräften nur episodenhafte Bedeutung eingeräumt werden". Feldman denkt dabei speziell an die Einflußnahme der Schwerindustriellen auf die politischen Entscheidungen, vor allem durch ihre partielle Kooperation mit den Gewerkschaften in der „Zentralarbeitsgemeinschaft", die es „Industrie und Arbeiterschaft [ermöglichte], auf Kosten der anderen Hälfte der Nation zu profitieren"[2] – eine These übrigens, die ähnlich schon in der Weimarer Republik vertreten wurde, damals freilich mit rechtsradikaler politischer Absicht, während heute auf die „Unterminierung des revolutionären Potentials"

---

[1] Spezialbibliographien bei: G. P. Meyer, Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19, Göttingen 1977, S. 57–95; G. A. Ritter u. S. Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919, 2. Aufl., Hamburg 1975, S. 471–477. Eine knappe Übersicht über den westdeutschen Forschungsstand bei Rürup (s. u. Anm. 8), S. 7–16. Daß der Begriff „Demokratisierung" bei marxistisch-leninistischen Autoren einen anderen Inhalt hat, braucht nicht betont zu werden.

[2] G. Feldman, Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der Deutschen Demobilmachung 1918/19, in: H. Mommsen, D. Petzina u. B. Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 618 f. Bibliographie zur Politik der Schwerindustrie und zur ZAG bei Meyer, a. a. O., S. 96–98 u. 128–137. Neuerdings noch G. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923, Princeton 1977.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die Fortdauer des „traditionellen Primat[s] der Produzenten gegenüber den Konsumenteninteressen" als Ergebnis dieser Kooperation abgehoben wird[2a].

Auch marxistische Forscher wenden sich bei der Beantwortung der Frage, „wie die Sieger gewinnen konnten", vor allem der Politik der „Monopolgruppen" zu, die, in einem Immediatverhältnis zur Staatsmacht stehend, diese benutzt hätten, um nach dem Prinzip des „divide et impera" die Arbeiterklasse durch Verfolgung des linken Flügels und – taktische – Konzessionen an den rechten Flügel der Arbeiterbewegung zu spalten und zu schwächen. Uneins seien sich die „Kapitalfraktionen" allerdings über Zeitpunkt und Modus der Zurücknahme dieser Konzessionen gewesen[3].

Ein mehr oder weniger großes Forschungsinteresse haben auch die militärische Führung, die staatliche Bürokratie, die bürgerlichen Parteiführungen, die intellektuelle Oberschicht (einschließlich der Historikerzunft) und die Kirchen auf sich gezogen[3a], die allesamt die Staatsumwälzung relativ unbeschadet überstanden und insoweit zu den „Siegern" gezählt werden können. Geringer war bislang das Interesse an der „anderen Hälfte der Nation" (Feldman), den kleinen und mittleren Unternehmern und Selbständigen im gewerblichen, distributiven, agrarischen und dienstleistenden Bereich einerseits, dem breiten Spektrum mittlerer Angestellter und Beamter zwischen den untersten und obersten Stufen der Hierarchie andererseits. Von der politischen Entscheidung dieser nichtproletarischen, „mittelständischen"[4] Massen aber hing der Sieg der „Sieger" wesentlich ab. Denn die Zentralarbeitsgemeinschaft z. B. war kein geeignetes Instrument, eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung zu verhindern; eine solche Mehrheit aber hätte das Machtpotential der bürgerlichen Eliten des Alten Regimes schwerlich unangetastet gelassen. Die in Deutschland traditionell den „bürgerlichen Schichten" zugerechneten, damals überwiegend noch durch eine besitzindividualistische bzw. qualifikations-individualistische, statusorientierte Mentalität gekennzeichneten Mittelschichten entschieden also wesentlich über das Schicksal der durch die Staatsumwälzung eingeleiteten Demokratiegründung.

[2a] Feldman, Probleme, S. 636. Vgl. Hans Zehrer (1929): „Als eigentliche Sieger des Umsturzes von 1918 ... blieben zwei Mächte übrig. Auf der einen Seite das Kapital ..., auf der anderen Seite die Masse ... Sie sind sich als Nutznießer des Umsturzes auch innerlich einig. Sie gründen ihre Herrschaft auf die Unterwerfung der Mittelschicht." Zitiert bei K. Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution, Frankfurt 1976, S. 70.

[3] Vgl. K. Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin 1971; U. Hörster-Philipps, Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus, in: R. Kühnl u. G. Hardach (Hrsg.), Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977, S. 38–141.

[3a] Spezialbibliographien bei Meyer, a. a. O., S. 99–120; Ritter u. Miller, a. a. O., S. 477–482.

[4] Wenn im folgenden an dieser umstrittenen Begrifflichkeit festgehalten wird, so soll damit nicht einer Heterogenes zusammenpressenden Mittelstandstheorie Vorschub geleistet werden. Angesichts der aus den Quellen ersichtlichen und auch von marxistischen Autoren nicht bestrittenen langanhaltenden Dominanz der unten bezeichneten Mentalität in diesen Schichten besteht kein Anlaß, die eingeführte Terminologie durch eine künstliche zu er-

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die konkrete Interessenlage und das politische Verhalten der bürgerlichen Massen angesichts der revolutionären Erschütterungen im Winter 1918/19 sind noch kaum zureichend erforscht[4a]. Noch immer kursieren Pauschalurteile, die schon in den Zwanzigerjahren von politisch engagierten Zeitgenossen geprägt wurden und von der These einer grundsätzlich antirevolutionären, weil antiproletarischen Einstellung bis zur These einer von der Regierung der Volksbeauftragten enttäuschten Revolutionsbereitschaft reichen[5]. Nun waren aber die Interessen dieser Schichten, wie neuerdings wieder Kocka gezeigt hat, alles andere als gleichgelagert[6]. Produzenten-, Handels- und Konsumenteninteressen standen sich ebenso gegenüber wie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, vielfältige Statusdifferenzierungen erschwerten gemeinsames Handeln ebenso wie Konkurrenz- und Abhängigkeitsverhältnisse.

---

setzen, wie es etwa Kadritzke tut, wenn er statt von „Angestellten" stereotyp von „angestellten Lohnarbeitern des Kapitals" spricht. Freilich bestand nicht selten ein Zwiespalt zwischen dieser Mentalität der bürgerlichen Mittelschichten und ihrer tatsächlichen sozialökonomischen Lage, der erstere auf den ersten Blick als illusionär erscheinen läßt. Vgl. B. Heimel, Mittelschichten – Brutstätten des Faschismus? Zum Verhältnis von objektiver Lage und politischem Bewußtsein, in: Kühnl/Hardach, a. a. O., S. 181–213; U. Kadritzke, Angestellte – Die geduldigen Arbeiter, Frankfurt 1975.

[4a] Bezeichnenderweise enthält Meyers Bibliographie (s. o. Anm. 1) keinen einschlägigen Abschnitt. Hervorzuheben sind aber einige Arbeiten, die im Rahmen einer weiter gefaßten Themenstellung auch die Revolutionszeit berücksichtigen, so für die selbständigen Gewerbetreibenden, insbesondere die Handwerker, Winkler (s. u. Anm. 5) und Leppert-Fögen (s. u. Anm. 7), für die Angestellten Speier (s. u. Anm. 13) und Kadritzke (s. o. Anm. 4). Für die Beamten, Lehrer und technische Intelligenz ist das Forschungsdefizit am größten. Siehe neuerdings: D. Krause-Vilmar (Hrsg.), Lehrerschaft, Republik und Faschismus 1918–1933, Köln 1978; R. Bölling, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918–1933, Göttingen 1978.

[5] So schreibt E. Troeltsch, Spektator-Briefe, Tübingen 1924, S. 15 f., die parlamentarische Demokratie sei vom „betäubten Bürgertum ... als Schutz gegen die Diktatur des Proletariats" verlangt, aber nur zum Zwecke einer „konservative[n] Retardierung und Bewältigung der Revolution" vorübergehend akzeptiert worden, und noch pauschaler spricht F. L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918–1919, Köln 1973, S. 200, von der „Tatsache, daß das deutsche Bürgertum nicht willens war, sich mit der Existenz einer demokratischen Republik abzufinden". Andererseits meint A. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. v. K. Kersten, 2. Aufl., Frankfurt 1955, S. 91 u. 94, die „Mittelschichten waren nach dem 9. November durchaus bereit gewesen, die neue Ordnung der Dinge anzuerkennen", aber die sozialdemokratische Regierung habe durch ihren mangelnden Mut zu revolutionären Taten „sich die bürgerlichen Mittelschichten entfremdet", und die Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1968, S. 222 u. 339, macht „die durch den Opportunismus hervorgerufene Spaltung der Arbeiterbewegung sowie das Fehlen einer starken revolutionären Partei des Proletariats" dafür verantwortlich, daß die „städtischen Mittelschichten" von der „Monopolbourgeoisie" durch den Einsatz von „Scharen raffinierter Agitatoren" und staatlichen Machtmitteln „terrorisiert und verwirrt" werden konnten. – Zu Rosenberg vgl. H. A. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 65.

[6] J. Kocka, Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918, Göttingen 1973, S. 65–95.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gab es überhaupt einen gemeinsamen Nenner für die Reaktionen dieser Schichten auf den Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie? In welchem Maße wurden die im Kriege akzentuierten Interessengegensätze zwischen ihnen angesichts der revolutionären Bedrohung von Besitz und Status überbrückt, in welchem Maße brachen eventuell neue auf? Warum kam es nicht zu einer bürgerlichen Sammlung gegen die Sozialdemokratie, aber auch nicht zu einer sozialistischen Mehrheit bei den Wahlen zur Nationalversammlung? Was waren die Ursachen für die angesichts des langfristigen Niedergangs des Liberalismus in Deutschland so erstaunliche Renaissance eines bürgerlich-demokratischen Liberalismus, der zur Koalition mit der Sozialdemokratie neigte[7]?

Untersuchungen der politischen Spitzenebene reichen zur Beantwortung dieser Fragen nicht aus; vielmehr müssen Verhalten und Äußerungen der „Basis" mit in den Blick genommen werden, was nur auf örtlich begrenzter Ebene detailliert möglich erscheint. Die zahlreichen vorliegenden Studien zur lokalen Revolutionsgeschichte konzentrieren sich aber auf die Arbeiterbewegung und die Räte; die bürgerlichen Schichten kommen in ihnen nur sporadisch und beiläufig vor[8]. Eine Untersuchung, die deren politisches Verhalten in den Revolutionsmonaten systematisch und kontinuierlich verfolgt, steht noch aus. Eine erste Vorarbeit hierfür soll im folgenden versucht werden.

Frankfurt bietet einige günstige Voraussetzungen für ein solches Vorhaben. Die Main-Metropole, achtgrößte Stadt des Reiches, war ein ausgeprägt „bürgerliches" Gemeinwesen – eine Stadt ohne Schwerindustrie, in der auch militärische, bürokratische, aristokratische und agrarische Eliten keine Rolle spielten, in der der Katholizismus nur eine untergeordnete politische Bedeutung hatte, deren Wirtschaftsstruktur von einem (beschäftigungsmäßigen) Gleichgewicht von Handel und Industrie und deren Sozialstruktur von einem (zahlenmäßigen) Gleichgewicht von bürgerlichen Schichten und Arbeiterschaft bestimmt wurde (was bedeutet, daß sie einen überdurchschnittlichen Handels- und einen überdurchschnittlichen bürgerlichen Bevölkerungsanteil hatte), deren politische Verfassung

---

[7] A. Leppert-Fögen, Die deklassierte Klasse, Frankfurt 1974, die den „Niedergang des Liberalismus und de[n] Niedergang des Kleinbürgertums" politökonomisch untersucht (S. 161 ff.), kann diese Renaissance nur deskriptiv als kurzfristiges „Wiederaufleben" des „Glaube[ns] an die Wirksamkeit der parlamentarischen Vertretung" konstatieren (S. 177), aber nicht erklären.

[8] Spezialbibliographien bei Meyer, a. a. O., S. 163–186; Ritter u. Miller, a. a. O., S. 467–471; E. Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 418–421. Zum Forschungsstand: R. Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Wuppertal 1975, S. 16–38. – Das oben Gesagte trifft auch für die beiden (gegensätzliche Positionen vertretenden) neueren Darstellungen des Revolutionsgeschehens in Frankfurt zu: E. Lucas, Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates 1918/19, Frankfurt 1969; W.-H. Struck, Die Revolution von 1918/19 im Erleben des Rhein-Main-Gebiets, in: Hessische Jahrbücher für Landesgeschichte, 19 (1969), S. 368–438.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

preußische und süddeutsche Elemente verband und deren politische Kultur vom bürgerlichen Liberalismus geprägt war[9]. Diese – im folgenden zu erläuternden – Stichworte machen aber auch deutlich, daß Frankfurt für deutsche Großstädte nicht „repräsentativ" war. Aber welche Großstadt wäre das?

Nicht nur aus grundsätzlichen methodischen Gründen, sondern auch wegen solcher Besonderheiten können die Ergebnisse unserer Untersuchung also nur für Frankfurt Gültigkeit beanspruchen; doch sollen sie durch gelegentliche Vergleiche mit anderen Städten auf ihre über den örtlichen Rahmen hinausreichende Bedeutung hin befragt werden. Darüberhinaus mag hier exemplarisch eine Fragestellung und Untersuchungsmethode vorgeführt werden, die für die Erforschung des Verhältnisses von Sozialstruktur, Interessenlage und politischem Verhalten der bürgerlichen Schichten in der Weimarer Republik fruchtbar sein kann.

1. Sozialstruktur Frankfurts unter besonderer Berücksichtigung der bürgerlichen Schichten

Ungeachtet des Befundes sozialwissenschaftlicher Forschung, daß der Begriff des „Bürgertums" im 20. Jahrhundert keine brauchbare sozialanalytische Kategorie mehr sei[9a], scheint er in historischen Darstellungen der Revolution von 1918/19 unentbehrlich zu sein[10]. Damit wird von der Historiographie freilich nur ein Wortgebrauch der Quellen übernommen. In der Publizistik und politischen Rhetorik der Revolutionszeit war allenthalben vom „Bürgertum" die Rede, das – je nach politischem Standort des Autors – gegen die Revolution mobilisiert, für eine Mitarbeit im neuen „Volksstaat" gewonnen oder politisch ganz ausgeschaltet werden sollte.

---

[9] Zur sozialen und politischen Geschichte Frankfurts in dieser Zeit: H. Drüner, Im Schatten des Weltkrieges. Zehn Jahre Frankfurter Geschichte von 1914–1924, Frankfurt 1934. Für das 19. Jahrhundert siehe R. Schwemer, Geschichte der Freien Stadt Frankfurt am Main (1814–1866), 3 Bde., Frankfurt 1910–18; H. Böhme, Frankfurt und Hamburg, Frankfurt 1968; W.-A. Kropat, Frankfurt zwischen Provinzialismus und Nationalismus (1866–1875), Frankfurt 1971.

[9a] H. A. Winkler, „Bürgertum", in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 1, Freiburg 1966, Sp. 934 f., 949; F. Steinbach u. O. Köhler, „Bürgertum", in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. 2, Freiburg 1958, Sp. 313; M. Riedel, „Bürger, Staatsbürger, Bürgertum", in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 722, 724.

[10] Vgl. Anm. 5 sowie H. Heiber, Die Republik von Weimar, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 24, 41 f., 69; Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., Bd. 4 (bearb. v. K. D. Erdmann), Stuttgart 1973, S. 168, vgl. auch S. 10 ff.; R. Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968, S. 44; L. Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972, S. 25–28; Ritter u. Miller, a. a. O., S. 19, 21; K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln 1969, S. 76 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie groß war nun der Anteil der als „bürgerlich" bezeichneten Schichten an der Einwohnerschaft der Stadt? Die Beantwortung dieser Frage ist abhängig von der Klärung der Vorfrage, welche Bevölkerungskreise im einzelnen unter diesen Begriff subsumiert werden. Die in der Literatur herrschende begriffliche Vielfalt bei der Abgrenzung der bürgerlichen Schichten läßt sich im wesentlichen auf drei Alternativen reduzieren:

1. Meist stoßen wir auf Bezeichnungen wie „die Besitzenden und Gebildeten", „Handelsbürgertum", „Industriebourgeoisie", „Mittelstand", „gebildeter Mittelstand", „mittelständisches Bürgertum", „Kleinbürgertum" etc., wobei z. T. die kuriosesten Widersprüche in der Verwendung dieser Termini auftauchen[11]. Einer Quantifizierung sind sie nicht zugänglich.
2. Daneben werden Kategorien der amtlichen Statistik und der Steuer- und Sozialgesetzgebung benutzt wie „Selbständige", „Angestellte", „Beamte", „Handwerker", „Kaufleute", „freie Berufe", „Landwirte"[12]. Der Besitz von Produktionsmitteln oder die Verfügungsmacht über sie als entscheidendes Kriterium der Zugehörigkeit zum Bürgertum hilft auch nicht weiter, weil das „bürgerliche" Bewußtsein der meisten Angestellten und Beamten auch von denen nicht bestritten wird, die es als illusionär und als Defizit an richtigem Bewußtsein perzipieren[13]. Wenden wir die Kategorien der amtlichen Statistik an, so ergibt sich aus den Daten der Volks- und Berufszählung von 1925[14] – auf die wir uns in Ermangelung entsprechender Daten für 1918/19 stützen müssen – das in Tabelle 1 wiedergegebene Bild[15].

---

[11] Beispiele dafür: K. Vondung (Hrsg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum, Göttingen 1976, S. 21; J. Berlin, Strukturkrise des Deutschen Reiches – Die Revolution 1918/19, in: I. Geiss u. R. Tamchina (Hrsg.), Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2, München 1974, S. 130, 135; Leppert-Fögen, a. a. O., S. 21.

[12] Nach E. Lederer, Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen 1912, S. 63 f., gehörten „Selbständige ..., freie Berufe, öffentliche Beamte und Privatbeamte" zu den „Berufskreisen ..., deren Angehörige als ‚bürgerlich' bezeichnet werden können". Die Kategorien der amtlichen Statistik (Selbständige, Angestellte und Beamte, Arbeiter) als einzigen Maßstab der Schichtenzugehörigkeit benutzt noch H. Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, S. 43 ff., der Geigers Untersuchung (s. Anm. 17) nicht zu kennen scheint.

[13] U. Kadritzke, a. a. O., S. 108–128. Differenzierter: H. Speier, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, Göttingen 1977, S. 79–123; J. Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914–1933, in: H. Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, S. 792 ff., hier S. 804–811.

[14] Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 406, Heft 5, Berlin 1928, S. 562–576; Bd. 405, Heft 26, Berlin 1928, S. 84–88.

[15] Die 100,0% entsprechen 427 685 Bewohnern oder 91,5% der Gesamteinwohnerschaft Frankfurts von 467 520. Die Wirtschaftsabteilung G (8,5% der Gesamteinwohnerschaft) konnte mangels näherer Angaben der amtlichen Statistik nicht aufgeschlüsselt werden. – Die Hausangestellten (4,3% in Abteilung F) sind den Arbeitern, die Hausgewerbetreibenden (0,6% in Abteilung B) wie in der amtlichen Statistik den Selbständigen zugerechnet worden.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1

Gliederung der Einwohnerschaft Frankfurts 1925
nach Wirtschaftsabteilungen (ohne G) und Stellung des Ernährers im Beruf
(in Prozent)

	A (Landw. etc.)	B (Ind. etc.)	C (Handel etc.)	D (Öff. D. etc.)	E (ärztl. D. etc.)	F (häusl. D. etc.)	Summe	(Reichsdurchschnitt)
a (Selbständige etc. mit Angehörigen)	0,9	7,9	9,4	1,1	1,0	–	20,5	(32,8)
b (Angestellte und Beamte etc. mit Angehörigen)	0,1	9,0	18,2	5,3	1,2	0,7	34,6	(17,9)
c (Arbeiter etc. mit Angehörigen)	0,7	25,6	10,6	0,7	1,3	6,1	45,0	(49,2)
Summe	1,7	42,5	38,3	7,2	3,5	6,8	100,0	
(Reichsdurchschn.)	(25,3)	(45,4)	(18,6)	(5,6)	(1,7)	(3,4)		

(Aufschlüsselung der Wirtschaftsabteilungen: A = Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei; B = Industrie, Handwerk, Bergbau, Salinenwesen; C = Handel, Banken, Versicherungen, Verkehr, Schank- und Beherbergungsgewerbe; D = Verwaltung, Bildungswesen, Rechtswesen, Kirche, Unterhaltungsgewerbe; E = Gesundheitswesen, hygienisches Gewerbe, Wohlfahrtspflege; F = Häusliche Dienste, Erwerbstätigkeit ohne Betriebszugehörigkeit; G = Berufslose, Rentner, Pensionäre, Studenten, Strafgefangene etc. – Aufschlüsselung der Stellung im Beruf: a = Eigentümer, Inhaber, Unternehmer, freiberufliche Erwerbstätige, Pächter, Direktoren, Geschäftsführer, Betriebsleiter, leitende Beamte, Hausgewerbetreibende; b = Fachpersonal, technische Angestellte und Beamte, Werkmeister und Aufsichtspersonal, kaufmännische Angestellte, Verwaltungsbeamte, Büropersonal; c = Arbeiter, Betriebshandwerker, Verkaufspersonal, Hausangestellte)

3. Schließlich stehen noch die Kategorien des „alten" (überwiegend Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit erwirtschaftenden) und „neuen" (überwiegend Entgelt für höher qualifizierte Arbeitstätigkeit beziehenden) Mittelstandes[16] sowie des (überwiegend Einkommen aus Kapitalanlage erzielenden)

[16] Die Bezeichnungen „alt" und „neu" haben sich seit Ende des 19. Jahrhunderts eingebürgert, obwohl dem „neuen" Mittelstand so alte Berufsgruppen angehörten wie Beamte und Handlungskommis, ganz zu schweigen von den Geistlichen, und dem „alten" Mittelstand so neue wie Filmtheaterpächter oder Elektroinstallateure. Neu war aber zweifellos die Massenhaftigkeit des ersteren, hervorgerufen durch das Wachstum der wirtschaftlichen Einheiten und der staatlichen Einrichtungen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Kapitalisten" zur Verfügung, die Theodor Geiger in einem an „typische[n] Orte[n] von Lebensstilen und sozialen und politischen Mentalitäten"[17] orientierten Fünf-Schichten-Modell begrifflich definiert und auf der Grundlage der Volks- und Berufszählung von 1925 der Quantifizierung zugänglich gemacht hat. Wenden wir die von Geiger ermittelten Zuordnungsquoten[18] auf die Frankfurter Volks- und Berufszählungsdaten an, so ergibt sich das in Tabelle 2 wiedergegebene Schichtungsbild[19].

Tabelle 2

Gliederung der Einwohnerschaft Frankfurts 1925
nach Wirtschaftsabteilungen (ohne G) und sozialen Schichten (in Prozent)

	A (Landw. etc.)	B (Ind. etc.)	C (Handel etc.)	D (Öff. D. etc.)	E (ärztl. D. etc.)	F (Häusl. D. etc.)	Summe	(Reichsdurchschnitt)
Kapitalisten	unter 0,1	0,4	0,3	0,1	unter 0,1	–	0,9	(0,9)
Alter Mittelstand	0,5	4,3	4,9	0,3	0,3	unter 0,1	10,3	(17,8)
Neuer Mittelstand	0,1	9,4	15,7	5,7	1,5	1,2	33,7	(18,0)
Tagewerker auf eigene Rechnung	0,3	2,8	3,6	–	0,2	unter 0,1	7,0	(12,7)
Proletariat	0,7	25,6	13,6	1,1	1,4	5,6	48,1	(50,7)

Zwar sind die in Tabelle 2 aufgeführten Prozentzahlen nur scheinbar exakt, da Geigers Schichtenzuordnung Ermessensquoten enthält – die freilich durch den Rekurs auf (hier aus Raumgründen nicht wiedergegebene) möglichst kleine sta-

[17] Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 27. Geiger (S. 136) wendet sich freilich gegen eine Zusammengruppierung von altem und neuem Mittelstand und möchte letzteren eher mit dem Proletariat unter dem gemeinsamen Nenner des Arbeitsdenkens (im Gegensatz zum Eigentumsdenken) zusammenfassen. Doch handelt es sich hierbei primär um eine politische Zielvorstellung des um eine Verbreiterung der sozialdemokratischen Wählerbasis besorgten Autors.

[18] Ebenda, S. 22–23 (Reichsdurchschnitt ebenda, S. 73).

[19] Die Parallelität zwischen den 0,7% und 25,6% „Proletariern" der Wirtschaftsabteilungen A und B und den 0,7% und 25,6% „Arbeitern" der gleichen Wirtschaftsabteilungen in Tabelle 1 ist zufällig, da die hier nur wiedergegebenen Aggregatzahlen sich unterschiedlich zusammensetzen. Unter den 109 616 „Proletariern" der Wirtschaftsabteilung B sind 5398 Angestellte (657 technische und 4 741 Büroangestellte) und 104 218 Arbeiter (8 633 Betriebshandwerker, 63 911 gelernte und 31 674 ungelernte Arbeiter). Von den 109 482 „Arbeitern" der Wirtschaftsabteilung B in Tabelle 1 wurden 5 264 (454 Betriebshandwerker, 4 810 gelernte Arbeiter) zum „neuen Mittelstand" gerechnet. Ähnliches gilt für Wirtschaftsabteilung A. – Siehe hierzu demnächst meine detaillierte Schichtungsanalyse in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 115 (1979).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tistische Einheiten reduziert werden –, doch kommt das Geigersche Schichtungsmodell unserer Fragestellung mehr entgegen als das der amtlichen Statistik, deren Kategorien jeweils immense Unterschiede der sozialen Geltung verdecken. Deshalb darf die aus der Addition von Kapitalisten, Altem und Neuem Mittelstand ermittelte Zahl von 45% für den Bevölkerungsanteil der „bürgerlichen" Schichten in Frankfurt als realistischer angesehen werden als die Zahl von 55%, die sich aus der Addition der Selbständigen, Angestellten und Beamten der amtlichen Statistik ergeben würde. Allein drei Viertel der bürgerlichen Schichten stellte – mit 33% der Gesamtbevölkerung der Stadt – der Neue Mittelstand, dessen Schwerpunkt eindeutig in der Wirtschaftsabteilung C lag[20].

In dieser Beziehung nahm Frankfurt unter den deutschen Großstädten eine gewisse Sonderstellung ein. Unter den 45 Städten mit über 100 000 Einwohnern hatte Frankfurt (nach Münster und Karlsruhe und vor Stuttgart) den dritthöchsten Anteil an Angestellten und Beamten und (vor Karlsruhe) den höchsten Anteil an Angestellten allein (genauer: an Angestellten und Beamten ohne Wirtschaftsabteilung D). Gleichzeitig war Frankfurt (nach Hamburg und Bremen und vor Königsberg) die Großstadt mit dem dritthöchsten Anteil an im Handels-, Banken- und Verkehrssektor Beschäftigten und (nach Hamburg und vor Leipzig) dem zweithöchsten kaufmännisch tätigen Bevölkerungsanteil (d. h. Selbständigen und Angestellten der Wirtschaftsabteilung C). Diese Spitzenposition auf dem Angestellten- und zweite Position auf dem kaufmännischen Sektor brachte es mit sich, daß Frankfurt den nach Münster, Karlsruhe, Wiesbaden, München und Stuttgart niedrigsten Arbeiteranteil und den nach Münster, Königsberg, Hamburg, Wiesbaden, Karlsruhe und München niedrigsten Anteil an in Industrie und Handwerk Beschäftigten aufwies – obwohl Frankfurt nicht zu den Städten gehörte, in denen (wie in Münster und Karlsruhe) der Anteil der Angestellten den der Arbeiter oder (wie in Hamburg, Münster und Königsberg) der Anteil des Handels-, Banken- und Verkehrssektors den des Industrie- und Handwerkssektors überstieg[21].

[20] Alle genannten Zahlen können freilich für 1918/19 nur Annäherungswerte sein, die die zwischen 1918/19 und 1925 eingetretenen sozialen Veränderungen unberücksichtigt lassen. Vgl. dazu R. Michels, Umschichtungen in den herrschenden Klassen nach dem Kriege, Stuttgart 1934, S. 102–111, und A. Günther, Die Folgen des Krieges für Einkommen und Lebenshaltung der mittleren Volksschichten Deutschlands, in: R. Meerwarth, A. Günther u. W. Zimmermann, Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932, S. 99–279, bes. S. 224–258, der die Inflationszeit in die Untersuchung einbezieht. – Die alternativ zur Verfügung stehenden Zahlen der Volks- und Berufszählung von 1907 sind freilich vom Revolutionsjahr zeitlich noch weiter entfernt und beziehen sich zudem auf das Stadtgebiet vor Eingemeindung des Landkreises 1909/10.

[21] Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 406, Hefte 1–6, Berlin 1929, s. v. Berlin, Hamburg, Köln, München, Leipzig, Dresden, Essen, Frankfurt, Düsseldorf, Hannover, Nürnberg, Stuttgart, Chemnitz, Dortmund, Bremen, Magdeburg, Königsberg, Duisburg, Stettin, Mannheim, Kiel, Bochum, Gelsenkirchen, Halle, Barmen, Altona, Kassel, Elberfeld, Augsburg, Aachen, Braunschweig, Karlsruhe, Erfurt, Krefeld, Mülheim, Hamborn, Lübeck,

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenn auch die Industrie der größte Arbeitgeber der Stadt geworden war, so war die ertragreichste Quelle bürgerlichen Erwerbs in Frankfurt noch immer der Kapitalbesitz. Die Einkünfte aus privatem Kapitalbesitz übertrafen die aus selbständiger Erwerbstätigkeit um mehr als das Dreifache. Das private Kapitalvermögen bestand überdies nur zu 12 % aus Anlage- und Betriebskapital und zu 62 % aus Leihkapital[22]. Die beherrschende Stellung der Banken in Frankfurter Wirtschaftskreisen wird hier verständlich.

Die Einkommensunterschiede waren immens. In den letzten Jahren vor dem Kriege versteuerten jeweils 8–12 Frankfurter ein Jahreseinkommen von über einer Million Mark, während 20–30 % der Erwerbstätigen unter der Steuerfreigrenze von 900 Mark blieben. Im Kriege wurde die Differenz eher noch vergrößert: Während der Anteil der Einkommen über 100 000 Mark kontinuierlich stieg und erst nach Kriegsende wieder sank, verschob sich das gesamte übrige Einkommensniveau, auch das der mittelständischen Schichten, bis 1916 trotz steigender Preise nach unten und wurde erst 1917 von der inflatorischen Tendenz ergriffen[23].

Die soziale Differenzierung nahm in Frankfurt in ausgeprägtem Maße die Form geographischer Separation an. Es gab ausgesprochen bürgerliche, ja großbürgerliche, und proletarische Wohnviertel[24]. Auch die Konfessionsstruktur der Stadt zeigte schichtungsabhängige Besonderheiten: eine Überrepräsentation der Juden und eine Unterrepräsentation der Katholiken in den bürgerlichen Schichten. Während 31 % der Bevölkerung Frankfurts sich zum katholischen und nur 6 % zum israelitischen Glauben bekannten, waren von den Schülern der öffentlichen und privaten höheren Schulen nur 22 % Katholiken, aber 19 % Israeliten[25]. Juden waren auch in den wohlhabenden, Katholiken dagegen in den ärmeren Wohnvierteln überrepräsentiert, und die durchschnittliche Steuerkraft der Juden war größer, die der Katholiken geringer als die der Protestanten[26]. Was die katholische Seite betrifft, so ist dies wesentlich durch den starken Zustrom von

---

Mönchengladbach, Plauen, Mainz, Münster, Oberhausen, Wiesbaden, Ludwigshafen (in der Reihenfolge der Einwohnerzahl). – Die Skala des Anteils der Angestellten und Beamten reichte von 14 % (Hamborn) bis 35 % (Karlsruhe), die des Anteils der Arbeiter von 27 % (Münster) bis 73 % (Hamborn), die des Anteils der in Wirtschaftsabteilung C Beschäftigten von 9 % (Hamborn) bis 44 % (Hamburg) und die des Anteils der in Wirtschaftsabteilung B Beschäftigten von 28 % (Münster) bis 79 % (Hamborn). Alle Prozentwerte sind hier anders als in Tabelle 1 unter Einschluß der Wirtschaftsabteilung G berechnet, die in Königsberg und München mit jeweils 14 % am stärksten vertreten war.

22 Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt am Main, 2. Ausgabe, Frankfurt 1928, S. 457.

23 Ebenda, S. 72; Drüner, a. a. O., S. 31; vgl. O. Sperlich, Arbeitslohn und Unternehmergewinn in der Kriegswirtschaft, Hamburg 1938, bes. S. 30 f. (S. 16 auch speziell über Frankfurter Löhne).

24 Siehe unten Tabelle 4.

25 Statistisches Handbuch, 2. Ausgabe, S. 68 f., 178–181, 194.

26 Statistische Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Ausgabe für die Jahre 1917/18 und 1918/19, Frankfurt 1920, S. 150 (Kirchensteuerstatistik).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitern aus Süd- und Südwestdeutschland im Zuge der Industrialisierung der Stadt seit den 1880er Jahren[27] zu erklären.

Die stärksten politischen Parteien in Frankfurt vor dem Kriege waren die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie[28]. Die Stärke der FVP korrespondierte mit dem Interesse der Bank- und Handelsunternehmen, denen ja auch die Masse der Angestellten angehörte, am Freihandel, darüberhinaus mit den noch aus der Freistadtzeit und den Kämpfen zwischen Senat und Bürgerschaft datierenden demokratischen Traditionen und dem starken jüdischen Element in der Stadt und schließlich mit dem Vorhandensein brillanter Köpfe im Umkreis der „Frankfurter Zeitung"[29]. Der demokratische Gehalt der Frankfurter FVP darf freilich nicht überschätzt werden. Als bürgerliche Sammelpartei mit breitem sozialen Spektrum kam ihr die Rolle des Verteidigers der „Ordnung" gegen den „Umsturz" zu. Ungeachtet gewisser sozialreformerischer Impulse in der Frankfurter FVP[30] wurde der Staat des Kaiserreichs als Grundlage und Rahmen der politischen Betätigung bejaht, und das parteiegoistische Interesse stand einem Streben nach Reform des den Besitz bevorzugenden Frankfurter Kommunalwahlrechts[31] im Wege. Die Tatsache, daß die Nationalliberalen von dem eingeschränkten Wahlrecht aber noch mehr profitierten als die FVP[32], deu-

---

[27] Vgl. Drüner, a. a. O., S. 26, 475. Über ein Viertel der Einwohnerschaft von 1910 waren Bayern, Hessen, Württemberger und Badener.

[28] Das Reichstagsmandat wurde 1871–1881 von der (Süd)Deutschen Volkspartei, 1884–1903 von der SPD, 1907 von der FVP (in der die DVP aufgegangen war) und 1912 wieder von der SPD gewonnen. Siehe Statistisches Handbuch der Stadt Frankfurt am Main, 1. Ausgabe, Frankfurt 1907, S. 265, und Statist. Handbuch, 2. Ausgabe, S. 446, sowie meine Zusammenstellung aller Frankfurter Wahlergebnisse 1871–1933 in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 115 (1979).

[29] Vgl. J. C. Hunt, The People's Party in Württemberg and Southern Germany, Stuttgart 1975, S. 36; M. Eksteins, The Limits of Reason, London 1975, S. 25–28; Böhme, a. a. O., S. 102 f., 220 f., 230–236. Wo diese Bedingungen fehlten, wie etwa besonders krass in den schwerindustriellen und katholischen Städten des westlichen Ruhrgebietes, konnte sich die FVP nicht entwickeln. Vgl. H. Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen, Düsseldorf 1973, S. 187; I. Steinisch, Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte, S. 157–159.

[30] Hunt, a. a. O., S. 114.

[31] Gemeindeverfassungsgesetz für die Stadt Frankfurt am Main vom 25. März 1867, in: Preußische Gesetzessammlung, 1867, S. 401–422, § 13. Es gab keine Drei-Klassen-Wahl; das Wahlrecht war aber u. a. an ein Einkommen von 700 Gulden (später 1200 Mark), einjährige Ansässigkeit und die preußische Staatsangehörigkeit (die ein Viertel der Einwohner nicht besaß, s. Anm. 27) gebunden.

[32] Während bei der Reichstagswahl 1907 (1912 kandidierten die Nationalliberalen nicht) die DVP 29%, die NLP 9%, das Zentrum 7%, die SPD 47% und andere 8% der Stimmen erhielten, hatten in der Stadtverordnetenversammlung vor dem Kriege die FVP 44%, die NLP 20%, das Zentrum 4% und die SPD 32% der Sitze inne (Quelle wie Anm. 28 und 33). – Das in anderen preußischen Städten geltende Drei-Klassen-Kommunalwahlrecht wirkte sich in Städten mit vergleichbarer Sozialstruktur ebenso zugunsten

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tet auf schichtenmäßige Schwerpunkte der beiden Parteien hin. In der Tat waren unter den Stadtverordneten der FVP der Neue Mittelstand und das akademische Bürgertum, unter denen der Nationalliberalen dagegen der Alte Mittelstand und die kapitalistische Oberschicht relativ stärker repräsentiert[33]. Bei der erwähnten Sozialstruktur Frankfurts mußte die Partei, die dem Neuen Mittelstand attraktiver erschien, im Vorteil sein.

Tabelle 3

Schichtenmäßige Aufschlüsselung der Stadtverordnetenfraktionen 1917 und 1919 und der Vorstandsgremien der Parteivereine 1919 (absolute Zahlen)

	Stadtv.-Fr. 1917			Stadtv.-Fraktion 1919					Vorstandsgremien 1919			
	FVP	NLP	Z	DDP	DVP	DNVP	CVP	MP	DDP	DVP	DNVP	CVP
Kapitalisten	5	4	–	3	3	1	2	–	3	6	3	2
Alter Mittelstand	6	3	1	3	1	1	1	2	4	6	4	2
Neuer Mittelstand (ohne Akad.)	8	2	–	7	2	1	2	–	14	9	5	4
freiberufl. u. beamt. Akademiker	11	5	2	8	3	1	4	–	8	11	11	8
Arbeiter u. Gewerkschaftler	1	–	–	–	–	1	2	–	1	–	2	4

(FVP = Fortschrittl. Volkspartei, NLP = Nationalliberale Partei, Z = Zentrum, DDP = Dt. Dem. Partei, DVP = Dt. Volkspartei, CVP = Christl. Volkspartei, DNVP = Deutschnat. Volkspartei, MP = Mittelstandspartei)

2. Interessenartikulation und politisches Verhalten der bürgerlichen Schichten in den letzten Monaten des Krieges

Von seiten der Unternehmer, Großhändler und Banken wie auch von seiten der Handwerker und Einzelhändler wurde scharfe Kritik an der Administration geäußert. Seit Staat und Kommune bewirtschaftend in das Marktgeschehen eingriffen[34], wurden sie auch verantwortlich gemacht für Entwicklungen im ökonomischen Bereich, die man anfangs noch als kriegsbedingte Notwendigkeit hinzunehmen bereit gewesen war[35]. Die konkreten Gravamina waren unterschied-

von NLP und FVP und zuungunsten von Zentrum und SPD aus. Vgl. H.-U. Knies, Arbeiterbewegung und Revolution im Wuppertal, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte, S. 87.

[33] Berufliche Aufschlüsselung der Stadtverordneten-Fraktionen nach den (unter Wahrung des Vorkriegsbesitzstandes gemäß Burgfriedensvereinbarung durchgeführten) letzten Ergänzungswahlen vom November 1916, in: Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R. 1130/XIV. – Mitgliederverzeichnisse oder -statistiken der Frankfurter Parteivereine sind nicht erhalten (vgl. Hunt, a. a. O., S. 49). – Zu den Daten für 1919 in Tabelle 3 siehe unten Anm. 88.

[34] Dazu ausführlich Drüner, a. a. O., S. 130–135, 183–199, 280–300.

[35] Über kollektive bürgerliche Selbsthilfeaktionen ebenda, S. 74, 80, 258.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich. Kritisiert wurde u. a. die „Ausschaltung" Frankfurter Firmen von Aufträgen und Lieferungen, die Höchstpreise und die Verkaufs- und Reparaturstellen in städtischer Regie[36]. Die Bewirtschaftung wurde für die Entstehung des Mangels, den sie bewirtschaftete, verantwortlich gemacht[37], wobei einige spektakuläre Fehlleistungen Anschauungsmaterial lieferten. Vom Hansa-Bund, dem größten wirtschaftspolitischen Interessenverband in der Stadt, und der Handelskammer, die dem Hansa-Bund korporativ angehörte, wurde die Rückkehr zur Marktwirtschaft als Allheilmittel gegen die Engpässe angepriesen. Freie Preisbildung und Abkehr von dem „Übermaß an Zentralisation" würden neue Versorgungsquellen erschließen; zumindest dürfe der Berliner „Staatssozialismus" kein Modell für die Nachkriegszeit sein[38]. In Kreisen des Alten Mittelstandes zeigten sich sogar Anzeichen einer Kriegsmüdigkeit. Gefährdete der Krieg, so wurde gefragt, nicht die ökonomische und soziale Position des „Mittelstandes" in einer Weise, die auch durch die Vorteile eines Sieges nicht ausgeglichen werden könnte[39]? Die Kritik der gewerblichen Interessengruppen unter Führung des Handels am angeblichen „Staatssozialismus" – die in diametralem Gegensatz zur sozialdemokratischen Kritik am unzureichenden Charakter der Bewirtschaftung stand – führte zu einer Renaissance des ökonomischen Liberalismus, die der Renaissance des politischen Liberalismus nach Kriegsende vorausging.

Ganz eindeutig auf der Verliererseite bei der Umschichtung der Einkommen im Kriege sah sich der Neue Mittelstand[40]. Dies förderte in den Frankfurter Angestelltenorganisationen die Tendenz zu gewerkschaftlichem Selbstverständnis anstelle der bisherigen Standesorganisationsformen. Im Herbst 1918 forderten sie kollektive Tarifverträge mit massiven Gehaltszulagen und Entschuldungs-

---

36 Vgl. ebenda, S. 192–194, 289–295; Frankf. Nachr., 1. 10. 1918/ Mo., 2. 10. 1918/Ab., 23. 10. 1918/Mo.

37 Drüner, a. a. O., S. 160 f., 514; Frankf. Nachr., 16. 10. 1918/Ab., 18. 10. 1918/Ab.

38 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes am 11. 10. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012; Frankf. Nachr., 29. 10. 1918/Ab. (Rede des Handelskammer-Syndikus). Vgl. Frankfurter Wirtschaftsbericht für die Kriegsjahre 1914 bis einschließlich 1919 erstattet von der Handelskammer zu Frankfurt am Main, Frankfurt 1920, S. 8 f., 41. 45. Zur Vorreiterrolle des Hansa-Bundes in der Kritik an der Wirtschaftslenkung siehe F. Zunkel, Industrie und Staatssozialismus, Düsseldorf 1974, S. 51 f.

39 Frankf. Nachr., 8. 10. 1918/Mo. – Über ähnliche Stimmungen in München berichtet K.-L. Ay, Volksstimmung und Volksmeinung als Voraussetzung der Münchener Revolution von 1918, in: K. Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, München 1969, S. 365. Allgemein dazu Kocka, Klassengesellschaft, S. 85–93, der davor warnt, „die Klagen der Handwerksvertretungen im Weltkrieg ... pauschal für bare Münze" zu nehmen (S. 87), und die Interessengemeinschaft mit den Großunternehmen bei der „Abwehr der Interventionen eines Staates, der demokratisch zu werden drohte", betont (S. 93).

40 Vgl. Kocka, Klassengesellschaft, S. 71–75; Sperlich, Arbeitslohn, S. 31.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beihilfen[41]. Während die Stadt ihren Bediensteten Zuschläge gewährte, verhielten sich die gewerblichen Arbeitgeber zurückhaltend. Die daraus entstehende Spannung führte jedoch kaum zu einer Solidarisierung mit der Arbeiterschaft, vielmehr forderte man die Wiederherstellung der einkommensmäßigen Vorrangstellung gegenüber den Arbeitern als Voraussetzung für einen Fortbestand des Vertrauensverhältnisses zwischen Angestelltem und Prinzipal[42].

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß sich aus verschiedenen Motiven auch in den bürgerlichen Schichten ein Spannungspotential ansammelte, das der Widerstandskraft des politisch-gesellschaftlichen Systems in der extremen Belastungsprobe eines verlorenen Krieges nicht förderlich sein konnte.

1916-1918 wurde Frankfurt von zeitweise katastrophaler Lebensmittelnot heimgesucht[43]. Deren psychologische Wirkung wurde noch verstärkt durch die bessere Versorgung des hessischen und bayerischen Umlandes, aus dem keine Lebensmittel nach Frankfurt gelassen wurden. Das ging bis zu kleinlichen Handtaschenkontrollen durch die hessische und bayerische Grenzpolizei[44]. Bemühungen des Magistrats, ein einheitliches rheinmainisches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, scheiterten an Widerständen in Darmstadt, München und Berlin[45]. Die Lebensmittelnot und ihre Begleitumstände erschütterten nicht nur in der Arbeiterschaft das Vertrauen in die Organisationsfähigkeit und die Rechtsordnung des Obrigkeitsstaates[46].

Um dem politischen System zumindest in ihrem Einflußbereich neue Legitimität zu verschaffen, stimmte die Frankfurter FVP Anfang 1918 der langjährigen Forderung der SPD nach Reform des Frankfurter Kommunalwahlrechts zu. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschlossen einen entsprechenden Gesetzesantrag, der freilich nicht mehr im preußischen Landtag beraten werden konnte[47].

[41] Frankf. Nachr., 11. 10. 1918/Mo., 14. 10. 1918/Ab., 21. 10. 1918/Mo., 25. 10. 1918/Mo. – In diesem Zusammenhang wurde ein „Zentralausschuß" als Vertretung von 10 000 Angestellten gewählt, nachdem schon 1915 eine „Soziale Vereinigung Frankfurter Angestelltenvereine" gegründet worden war. Vgl. Drüner, a. a. O., S. 141, 322.

[42] Frankf. Nachr., 18. 10. 1918/Ab., 14. 10. 1918/Ab. – Ähnlich Kocka, Klassengesellschaft, S. 80. Hinwendungen von Angestellten zur USPD (stark betont von Ay, Volksstimmung, S. 365) können auch in Frankfurt beobachtet werden – z. B. die Angestellte der „Metallgesellschaft" und führende USPD-Politikerin Toni Sender (vgl. T. Sender, The Autobiography of a German Rebel, New York 1939, S. 115, 120) –, waren jedoch zahlenmäßig wenig bedeutend (ebenso Kocka, S. 78).

[43] Drüner, a. a. O., S. 208–212, 219–221, 502 f., 514 f.

[44] Ebenda, S. 162, 169, 222–224, 494; Frankf. Nachr., 16. 10. 1918/Mo.

[45] Drüner, a. a. O., S. 130, 163 f., 173–180, 493 f.

[46] Ebenda, S. 224 f., 319–321. Zusammenfassend S. 321: „Zuerst verlor das Volk das Vertrauen zu der wirtschaftlichen Führung, als es nicht gelang, die Lebensmittelversorgung auch nur einigermaßen dem wirklichen Bedürfnis anzupassen; dann schwand das Vertrauen zu der politischen Führung dahin, je mehr man einsah, daß das Steuer des Reiches in unsicheren Händen ruhte; unerschüttert blieb noch bis in den Sommer 1918 das Vertrauen auf die militärische Führung. Wenn aber auch dieses zusammenbrach, was dann?"

[47] Ebenda, S. 275–278; Frankf. Ztg., 9. 11. 1918/Ab.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotz aller Verteilungskämpfe und trotz der Kritik an der Administration kann bei den bürgerlichen Schichten jedoch von einer massenhaften Infragestellung der staatlichen Organisationsform bis zum Kriegsende keine Rede sein. Ansätze zu einer Bürgerliche und Sozialdemokraten verbindenden Systemkritik[48] blieben isolierte Phänomene. Und wenn die „Frankfurter Zeitung" Ende Oktober den Thronverzicht des Kaisers erörterte, geschah dies noch allein im Hinblick auf günstigere Waffenstillstandsbedingungen. Daß der Kaiser kein Integrationsfaktor mehr war, auch nicht für die Armee, erkannte sie erst am 6. November, dem Tag des Bekanntwerdens der Kieler Vorgänge[49].

Die Oktoberreformen riefen in Frankfurt keine politische Bewegung in den bürgerlichen Parteien hervor. Angesichts der bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen wurde die „Ausschaltung" politischer Differenzen zwecks Festigung der „inneren Front", wie man auf liberaler, die „Treue zu Kaiser und Reich", wie man auf christlich-vaterländischer Seite formulierte, zum höchsten Wert erhoben[50]. Niemand drang auf tiefergreifende Reformen und eine Auswechslung kompromittierter Inhaber staatlicher Befehlsgewalt in Heer und Verwaltung, um dem neuen parlamentarisch-monarchischen „Volksstaat" Glaubwürdigkeit zu geben. Die bürgerliche Apathie gegenüber der „Oktoberverfassung" lud ebenso zum militärisch-monarchistischen Staatsstreich von rechts[51] wie zur revolutionären Erhebung von links ein; die bürgerlichen Parteien hatten beidem nichts entgegenzusetzen.

Viele Zeitgenossen klagten über die „Lähmung des Bürgertums" durch den Schock der Revolution. Der Schock kam jedoch vorher: mit der Erkenntnis der militärischen Niederlage. Gefühlsmäßiges Nichtanerkennenwollen der Niederlage und die rationale Einsicht in die Unmöglichkeit der Fortführung des Krieges hemmten sich gegenseitig[52]. Überspitzt könnte man formulieren: Nicht der Schock der Revolution lähmte das „Bürgertum", sondern die Lähmung des „Bürgertums" durch den Schock der Niederlage *ermöglichte* die Revolution. Der schnelle Zusammenbruch des Kaiserreichs dagegen schreckte die bürgerlichen Schichten aus ihrer Resignation und weckte neue politische Energien.

[48] Drüner, a. a. O., S. 204 f., 311 f., 318 f. (Friedensappelle; Inszenierungen des Schauspielhauses unter dem im Juli 1917 berufenen neuen Intendanten K. Zeiß).

[49] Frankf. Ztg., 25. 10. 1918/1. Mo.; 6. 11. 1918/2. Mo. – Schneller scheinen die Liberalen die Zeichen der Zeit in München erkannt zu haben, wo allerdings Liberale und Sozialdemokraten in gemeinsamer Opposition zum herrschenden Zentrum standen. Vgl. J. Reimann, Der politische Liberalismus in der Krise der Revolution, in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, München 1969, S. 184.

[50] Frankf. Nachr., 29. 10. 1918/Mo. (Luth. Stadtsynode, dort das dritte Zitat); ebenda, 31. 10. 1918/Ab. (Versammlung vaterländischer Verbände); Frankf. Ztg., 7. 11. 1918/1. Mo. (Versammlung der FVP am 5. 11., dort das erste und zweite Zitat). Ähnlich Knies, a. a. O., S. 89–91, für Elberfeld und Barmen.

[51] W. Sauer, Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie, in: E. Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 77–99.

[52] Vgl. insbesondere die Kommentare der „Frankfurter Nachrichten", vor allem 25. 10. 1918/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch in den Tagen der schnellen Ausbreitung der revolutionären Bewegung erfolgte eine erste bürgerliche Initiative in Frankfurt mit dem Ziel, diese Bewegung zu kanalisieren. Gemeint ist die Gründung eines „Wohlfahrtsausschusses" am 8. November, in dem sich Vertreter der FVP und der mehrheitssozialdemokratischen Partei versammelten und dem sich angesichts der explosiven Lage alle Behörden – selbst das stellvertretende Generalkommando – unterstellten[53]. Der Wohlfahrtsausschuß ordnete noch die Wahl von Soldatenräten in den Kasernen an, doch zerfiel er, als die USPD auf eigene Faust mit der Wahl von Arbeiterräten in den Fabriken begann. Dies zwang am 9. November auch die SPD zur Aufgabe der Kooperation mit der FVP. Die höchsten staatlichen Funktionsträger – der stellvertretende kommandierende General und der königlich-preußische Polizeipräsident – verließen, als ihre Befehle, revolutionäre Matrosen zu verhaften, keinen Gehorsam mehr fanden, Amt und Stadt. Der Arbeiter- und Soldatenrat bestellte einen auch für bürgerliche Kreise akzeptablen neuen Polizeipräsidenten (Dr. Sinzheimer) und bildete Sicherheitsorgane aus Matrosen und Arbeitern[54]. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dagegen konnten, indem sie den AuSR in aller Form als „höchste Vertretung der Stadt" anerkannten und sich seiner „Kontrolle" unterstellten, ihre bisherigen Funktionen, freilich unter Rücksichtnahme auf den Willen des AuSR, weiter ausüben[55].

Nachdem die neuen Gewalten feste Formen angenommen hatten und in ihren Reaktionen berechenbar geworden waren, begann der Kampf der bürgerlichen Interessengruppen und Parteien um Sicherung und Erweiterung ihres politischen Einflusses. Dabei sind drei Phasen zu unterscheiden. Im November herrsch-

---

[53] Lucas, a. a. O., S. 18 f.; Drüner, a. a. O., S. 327 f.; Frankf. Ztg., 8. 11. 1918/Ab. – Bürgerlich-sozialdemokratische Ausschüsse ähnlicher Art wurden in diesen Tagen unter dem Namen „Vertrauensausschuß" (Elberfeld, Mülheim), „Wohlfahrtsausschuß" (Graz – schon am 21. 10. –, Berlin, Karlsruhe, Krefeld) oder „Notstandsausschuß" (Mainz) vielerorts, z. T. freilich aus privater Initiative und ohne Vollmachten, gebildet. Vgl. Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte, S. 95, 167, 340; Carsten, a. a. O., S. 24, 34; Frankf. Ztg., 9. 11. 1918/Ab.; 13. 11. 1918/2. Mo.

[54] Lucas, a. a. O., S. 18–28; Drüner, a. a. O., S. 330–333; R. Merton, Erinnernswertes aus meinem Leben, Frankfurt 1955, S. 55.

[55] Drüner, a. a. O., S. 340 f.; Lucas, a. a. O., S. 32; Frankf. Ztg., 13. 11. 1918/2. Mo.; Bericht des Magistrats über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main im Verwaltungsjahr 1918, Frankfurt o. J., S. 9. Über Form und Stil der Ausübung der Kontrolle vgl. Sender, a. a. O., S. 116 f. – Das Frankfurter Arrangement scheint typisch für von der FVP beherrschte Großstädte gewesen zu sein, überwog in der ersten Phase der Revolution aber auch anderswo; vgl. Knies, a. a. O., S. 100 ff., und E. Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 97 f., 101 f., 263–265. Das Spektrum der Möglichkeiten reichte freilich von der Ersetzung der kommunalen Gremien durch den Arbeiterrat (z. B. in Neukölln, vgl. F. Bey-Heard, Hauptstadt und Staatsumwälzung, Stuttgart 1969, S. 92–102) über den Dauerkonflikt (z. B. in Hanau, vgl. H. Krause, Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg 1974, passim) bis zur erfolgreichen Zurückweisung der Kontrollansprüche des Arbeiterrats durch den Magistrat (z. B. in Esslingen, vgl. O. Borst, Geschichte der Stadt Esslingen am Neckar, Esslingen 1977, S. 441–443).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te das Bemühen um eine Neudefinition der eigenen Interessen unter den veränderten Bedingungen vor, im Dezember und Januar folgte der Kampf um die Wählerstimmen, begleitet von ersten Konflikten mit dem Arbeiterrat, und nach den Wahlen ging es um die volle Entmachtung des Arbeiterrates und die Ersetzung seiner Sicherheitsorgane durch im bürgerlichen Sinne zuverlässigere.

3. Die Interessengruppen nach der politischen Umwälzung[56]

Sprecher der Banken, des Groß- und Fachhandels und der Industrie in Frankfurt stellten der „neuen Gewalt" sofort ihre „Mitarbeit" bei der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zur Verfügung. Sie stellten zu diesem Zweck die im Kriege erhobene Forderung nach Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurück. Industriellenvereinigung und Hansa-Bund berieten schon am 8. 11. die angesichts der Revolution einzuschlagende Strategie und empfahlen dringend, nach dem Waffenstillstand keine Arbeitskräfte zu entlassen und früher Beschäftigte wieder einzustellen, denn, so hieß es, „jeder Stellungslose . . . kann zu einer politischen Gefahr werden". In der Tat wurde von den industriellen Arbeitgebern Frankfurts in Zeitungsanzeigen die Weiterbeschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen versprochen[57]. Trotz solcher Beschwichtigungsbemühungen kam es jedoch in den folgenden Wochen zu einzelnen Konflikten zwischen Unternehmern oder Handelskammer und Arbeiterrat über an sich nebensächliche Fragen (wie die Bezahlung einer Rechnung oder den Aushang eines Plakats), die offensichtlich den Charakter von Stärketests hatten und die zunächst der Arbeiterrat für sich entschied, da der Magistrat bis weit in das Jahr 1919 hinein nicht offen gegen den erklärten Willen des Arbeiterrats zu handeln bereit und – mangels Polizeikräften – in der Lage war[58].

Die Handwerker – die in Frankfurt schon vor dem Kriege „lückenlos" organisiert waren – und Kleinhändler meldeten den Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen mit dem Argument an, daß sie von allen Berufsgruppen im Kriege „am meisten gedarbt" hätten und durch die staatlich geförderten Monopole der Kriegsgesellschaften, die 30 000 Bewirtschaftungsverordnungen und die „ununterbrochen[en] Gesetze zugunsten der Arbeiter und Angestellten" geschädigt worden seien. Gleichwohl überwog zunächst ihr Interesse an der Vermeidung

---

[56] Das folgende stützt sich (meist) auf Resolutionen von Versammlungen und (gelegentlich) auf Verlautbarungen gewählter Vertreter von Berufs- und Interessengruppen, die im Lokalteil der „Frankfurter Nachrichten" (FN) und der „Frankfurter Zeitung" (FZ) abgedruckt wurden. Einzelbelege müssen aus Raumgründen auf ein Minimum beschränkt werden.

[57] FZ, 12. 11. 1918/1. Mo. (1. und 2. Zitat); Rundschreiben des Hansa-Bundes Hessen-Nassau vom 15. 11. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (3. Zitat); FN, 14. 11. 1918/Mo. (Anzeige).

[58] Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1142; Akten des Magistrats, R. 110.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Plünderungen alle anderen Sorgen. Man werde „seine Pflicht und Schuldigkeit tun", erklärten die Handwerksinnungen und erwarteten als Gegenleistung vom AuSR die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung[59].

Erst während des Wahlkampfes und vor allem im Laufe des Jahres 1919 trat man wieder mit massiven Schutzforderungen hervor – Auflösung der kommunalen Verkaufs- und Reparaturstellen, Freiheit der Preisbildung, Beschränkung der Trustbildung und der Konsumvereine, Kredithilfen –, wobei der Kampf gegen die behördliche Preisfestsetzung und gegen weitergehende Kommunalisierungspläne von Teilen der SPD und der USPD bald zu den beherrschenden Themen wurden. Um letztere zu torpedieren, forderten Magistratsmitglieder selbst die Einzelhändler auf, sich zu organisieren, was trotz der in der Konkurrenzsituation liegenden Schwierigkeiten auch weitgehend gelang[60]. Wie die Lebensmittelhändler gegen das Lebensmittelamt, so agitierten die Hausbesitzer gegen das Mieteinigungsamt, weil es ihnen unter dem Druck des Arbeiterrates angemessene Einkünfte verweigere; sie forderten eine Liberalisierung des Marktes und drohten gar mit einem „Heizstreik"[61].

Eine grundsätzlich negative Beurteilung der Revolution war freilich keineswegs für alle bürgerlichen Schichten kennzeichnend. Wie in der Arbeiterschaft, so löste auch im Neuen Mittelstand die Machtergreifung durch die Sozialdemokratie eine Explosion von Erwartungen aus.

Die Angestellten drangen in mehreren Versammlungen unmittelbar nach dem Umsturz darauf, daß die Arbeitgeber nunmehr schnell ihre auf dem Tisch liegenden Forderungen bewilligten. Gleichzeitig wurden „Räte" genannte Interessenvertretungen gebildet, die innerbetriebliche Mitspracherechte verlangten – selbst in der Hochburg des Kapitals, der Börse –, und es fehlte nicht ein leicht drohender Unterton, wenn man sich nicht nur „der neuen Regierung zur Verfügung", sondern auch „auf den Boden der sozialen Revolution" stellte – in deutlichem Unterschied zu dem „Boden der Tatsachen", den andere bürgerliche Gruppen betraten[62]. Freilich blieben trotz des Wachstums sozialdemokratisch orientierter Angestelltenorganisationen jene Verbände, die, wie der Bankbeamtenverein, der Leipziger Verband und der Kaufmännische Verein von 1858, ein mittelständisches Selbstverständnis hatten, bedeutender[63]. Über die Frage der Sozialisierung z. B. der Banken bestand zwar kein Konsens, aber das Thema er-

[59] FN, 11. 11. 1918/Ab. (4. Zitat); 6. 1. 1919/Ab.; 14. 1. 1919/Ab. (2. und 3. Zitat); 20. 6. 1919/Mo. (1. Zitat). – Allgemein hierzu Winkler, Mittelstand, S. 65–70.

[60] FN, 14. 1. 1919/Ab., 24. 1. 1919/Ab., 27. 2. 1919/Mo., 5. 4. 1919/Ab., auch 4. 1. 1919/Mo. – Vgl. D. Rebentisch, Ludwig Landmann, Wiesbaden 1975, S. 90 f., zur „ohne doktrinäre Schärfe" ausgetragenen Kommunalisierungsdebatte in Frankfurt, etwa im Gegensatz zu Berlin (dazu Bey-Heard, a. a. O., S. 135–139).

[61] FN, 14. 12. 1918/Mo., 25. 3. 1919/Ab. (Zitat), 13. 6. 1919/Mo.

[62] FZ, 15. 11. 1918/2. Mo. (Zitate), 26. 11. 1918/Ab., 30. 11. 1918/1. Mo.

[63] Der 1858er Verein führte als größter den Vorsitz in der „Tarifgemeinschaft der kaufmännischen und technischen Angestellten-Gewerkschaften Frankfurts" (FN, 31. 3. 1919/Mo.).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schien diesen Angestellten so wenig brennend, daß die Diskussion darüber ausgeklammert oder vertagt werden konnte. Sie erhofften sich von der Änderung der politischen Machtverhältnisse vielmehr vorrangig eine Korrektur des im Kriege erlittenen Einkommens- und Statusverlustes, eine Verbesserung ihrer Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgebern und die Institutionalisierung einer kollektiven Interessenvertretung im Betrieb. Gleichzeitig aber bestanden sie auf differenzierter Entlohnung, und wenn „Angestellte gleiche Rechte wie Arbeiter" und „Mitwirkung bei allen wirtschaftlichen Fragen" verlangten, so waren dies Forderungen sowohl an die Unternehmer wie an die Arbeiterräte[64]. Gegen deren „Klassendiktatur" wurde die Forderung nach Einberufung einer Nationalversammlung erhoben, aber gleichzeitig bewarb man sich um Mitgliedschaft im Arbeiterrat: sinnfälliger Ausdruck des „flottanten" Charakters dieser „Schicht zwischen den Klassen" (Lederer).[65]

Während die tarifpolitischen Forderungen nunmehr erfüllt wurden, führte im Frühjahr 1919 vor dem Hintergrund wachsender Arbeitsplatzunsicherheit die Frage der „Mitbestimmung" der Angestellten bei Einstellungen und Entlassungen, die zu gewähren sich die meisten Arbeitgeber heftig sträubten, zu schweren Auseinandersetzungen und sogar zu Angestelltenstreiks in Frankfurt[66]. Der Konflikt mit den Arbeitgebern wurde aber von Konflikten mit Vertretungen anderer Arbeitnehmerschichten begleitet, die sich an der Frage der Entlassung der im Kriege eingestellten Aushilfskräfte entzündeten[67].

Bei den Beamten sind nach der Umwälzung zwei Stufen der Interessenartikulation zu unterscheiden. In den ersten Tagen überwogen – neben Loyalitätserklärungen gegenüber der neuen Regierung – Forderungen nach Nutzung der neuen gewerkschaftlichen Koalitionsfreiheit und der neuen Meinungsfreiheit in den Dienststellen. Noch im November aber rückte die Sorge um die Erhaltung des Beamtenstatus und der „wohlerworbenen Rechte" gegenüber beamtenfeindlichen Strömungen der Rätebewegung alles andere in den Hintergrund, solidarisierte die Beamten über Partei- und Laufbahngrenzen hinweg und ermöglichte die Bildung einer „Interessengemeinschaft der Beamten- und Lehrerverbände Frankfurts"[68]. Beamtenräte, wie sie in den ersten Tagen gebildet worden waren, und gewerkschaftliche Kampfmittel wurden im Interesse der Sicherung des Beamtenstatus desavouiert. Stattdessen suchte man die materiellen Wünsche durch möglichst starke Präsenz in allen politischen Parteien – außer

[64] FZ, 15. 11. 1918/2. Mo. (1. Zitat), 26. 11. 1918/Ab. (2. Zitat); FN, 30. 12. 1918/Mo., 20. 3. 1919/Ab. Für eine Sozialisierung des Versicherungswesens sprach sich der (der SPD nahestehende) Verband der Bureauangestellten Frankfurts aus (FN, 11. 2. 1919/Ab.).

[65] Lucas, a. a. O., S. 42 f.; FZ, 26. 11. 1918/Ab. (1. Zitat); Lederer, a. a. O., S. 99 (2. u. 3. Zitat).

[66] FN, 31. 3. 1919/Mo., 16. 4. 1919/Mo. – Ende Januar stellten die kaufmännischen und technischen Angestellten über 40% der (insgesamt 12 943) Arbeitslosen. Vgl. Frankfurter Wirtschaftsbericht (Anm. 38), S. 178.

[67] FN, 10. 1. 1919/Mo., 9. 2. 1919/Mo., 3. 3. 1919/Mo.

[68] FN, 13. 11. 1918/Mo., 18. 11. 1918/Mo. (Zitat), 9. 12. 1918/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KPD und USPD – zu erreichen. „Hinein in die Parteien!" war die Parole; der Vorsitzende der Interessengemeinschaft selbst (Stadtsekretär Gerwien) sorgte für die Vertretung von Beamteninteressen in der SPD. Für den Fall der Errichtung einer Räteherrschaft wurde freilich von der streikfeindlichen Haltung Abstand genommen und ein „Abwehrstreik" der Beamten „im Zusammengehen mit dem Bürgerausschuß" angedroht[69].

Ein Handikap blieb freilich die verbreitete Kritik an den Beamten wegen der obrigkeitlichen Verwaltungspraxis des alten „Beamtenstaates". Um dem entgegenzuwirken, wurden die Beamten als „unfreiester Stand" des alten Regimes hingestellt, der nach der Revolution befreit aufgeatmet habe. Solche Worte waren freilich auch nach innen gerichtet, sollten der immer noch vorhandenen emotionalen Bindung vieler Beamten an das alte Regime entgegenwirken[70]. Nunmehr freilich erstrebten die Beamten das Beste beider Welten: politische Freiheit *und* ständische Privilegierung.

Wenden wir uns nun den verschiedenen Gruppen der Intelligenz zu, von denen die höheren technischen Berufe und die Lehrer den Löwenanteil ausmachten[71]. Die Ingenieure, Chemiker und Architekten erwarteten vom Ende des Kaiserreichs eine Statusaufwertung, nämlich ein Ende des „Juristen-Monopols" und eine stärkere Berücksichtigung des Sachverstandes in der öffentlichen Verwaltung, gerade angesichts der notwendigen Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands nach der Niederlage. Unter Berufung auf den Sachverstand wurde freilich auch von „überstürzten" Sozialisierungen abgeraten[72].

Erheblich radikaler gaben sich die Volksschullehrer. Auch sie erwarteten von der neuen Zeit die Erfüllung langgehegter Wünsche nach Statusverbesserung und Reform des Schulwesens. Sie forderten neben Gehaltsaufbesserungen vom

---

[69] Undatiertes Flugblatt der Interessengemeinschaft, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R. 1332 (erstes Zitat); FN, 7. 4. 1919/Mo. (zweites und drittes Zitat). – Für München insgesamt ähnlich, aber etwas stärkere Linkstendenzen konstatierend, G. Kalmer, Beamtenschaft und Revolution, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 215, 223–225, 234 f. Der dort ebenfalls angedrohte „Ordnungsstreik" wurde im April freilich nicht wahrgemacht (S. 240 f.). In Mülheim wurde ein Beamtenstreik nach einem Tag abgebrochen, weil sich Angestellte und Arbeiter mit dem Arbeiterrat gegen die Beamten solidarisierten. Vgl. Steinisch, a. a. O., S. 203 f.

[70] FN, 26. 1. 1919/Mo. (Zitate), 27. 1. 1919/Mo. – Ähnlich Kalmer, a. a. O., S. 218–220, der hier freilich nur einen „Willen zu einer demokratischen Ausgestaltung des Staates" erkennt (S. 227, ebenso 251).

[71] Einige Zahlen mögen die Relationen verdeutlichen. Die Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 406, Berlin 1929, S. 566–568, gibt für 1925 in Frankfurt 2767 Lehrer, 198 Geistliche, 137 Redakteure, 16 Schriftsteller, 11 Rechtsanwälte, 13 Regisseure und Dramaturgen, 291 Human-, 27 Zahn- und 11 Tierärzte, 131 Apotheker, 244 Chemiker und 2003 Ingenieure und Architekten an. Für 1919 verzeichnet das Statistische Handbuch, 2. Ausgabe (Anm. 22), S. 178–182, unter 1760 Lehrern an öffentlichen Schulen 374 Gymnasial- und Realschul-, 362 Mittelschul- und 1024 Volksschullehrer. Dazu kommen noch ca. 200 Privatschullehrer (S. 194).

[72] FZ, 28. 11. 1918/1. Mo. (Zitate); FN, 13. 12. 1918/Ab.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Magistrat die sofortige Verschmelzung der Mittelschulen und der Vorschulen für Gymnasien mit den Volksschulen als ersten Schritt auf dem Wege zur Einheitsschule sowie eine Demokratisierung der Schulverwaltung und eine kollegiale Schulleitung[73]. Dies führte, obwohl der Vorsitzende der Volksschullehrervereinigung (Schütz) ebenso wie der Schuldezernent (Bürgermeister Luppe) der DDP angehörten, zu tumultuarischen Konflikten mit dem Magistrat[74] und zu Auseinandersetzungen mit Mittelschullehrern, Rektoren und „akademisch gebildeten Lehrern", die am alten System festhalten wollten und – ebenso wie die Volksschullehrer – Elternversammlungen in ihrem Sinne votieren ließen[75].

Die Reaktion der intellektuellen Oberschicht auf die Umwälzung war, wie nicht anders zu erwarten, sehr uneinheitlich und reichte von gefühlspolitischem Protest gegen die Revolution – dessen Ermutigung den Gymnasialdirektoren sogar Verweise durch den Magistrat einbrachte[76] – bis zur Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft Neue Erziehung" und zur Gründung einer „Gesellschaft von 1918", in der bürgerlich-liberale und sozialdemokratische Intellektuelle über die Versäumnisse der Vergangenheit und die neueröffneten Zukunftsperspektiven referierten und diskutierten[77]. Auch in der evangelischen Geistlichkeit Frankfurts gab es eine Minderheit, die den Entzug des staatlichen Schirms als eine Erneuerungschance für die Kirche begriff, die große Mehrheit war jedoch durch die Gefährdung des Besitzstandes und der gesellschaftlichen Autorität der Kirche beunruhigt[78]. Die atheistische Position des preußischen Kultusministers erleichterte der konservativen Geistlichkeit die Mobilisierung einer breiten Unterstützung in einer Frankfurter „Deutsch-Evangelischen Volksvereinigung", die im Wahlkampf im Einvernehmen mit der Politik des preußischen Oberkirchenrates die DNVP unterstützte[79]. Auch die katholische Intelligenz – hier einschließlich der Volksschullehrer – stritt gegen die kultusministeriellen Erlasse[80].

Festzuhalten ist, daß der Zusammenbruch des monarchischen Obrigkeitsstaates und die Machtergreifung durch die Sozialdemokratie eine immense Organisationsbewegung – zum Teil über die Zwischenstufe berufsspezifischer „Räte" – im Neuen Mittelstand in Gang setzte, da die politischen Entscheidungen im neuen „Volksstaat" als direktes Produkt des Kräfteverhältnisses der ge-

[73] FZ, 29. 11. 1918/2. Mo.; FN, 7. 3. 1919/Mo.; 1. 5. 1919/Mo.

[74] FN, 3. 4. 1919/Mo., 26. 4. 1919/Mo., 28. 4. 1919/Mo.

[75] FN, 24. 2. 1919/Ab., 8. 5. 1919/Ab., 30. 5. 1919/Ab., 20. 6. 1919/Mo., 26. 6. 1919/Ab.

[76] FN, 13. 11. 1918/Mo., 27. 6. 1919/Ab.

[77] FZ, 16. 12. 1918/Ab., 31. 12. 1918/2. Mo.; FN, 14. 1. 1919/Ab. – Uneinheitlich war auch die Haltung der Hochschullehrer der Frankfurter Stiftungsuniversität, die sich zu einem kleineren Teil in der DNVP, zu einem größeren Teil in der DDP und der „Gesellschaft von 1918" engagierten. Vgl. auch Reimann, a. a. O., S. 191 f., zum „Rat der geistigen Arbeiter" in München.

[78] FN, 2. 12. 1918/Ab., 7. 12. 1918/Ab., 19. 12. 1918/Ab. (Bezirkssynode).

[79] FN, 17. 12. 1918/Mo.; 8. 1. 1919/Ab. – Allgemein dazu J. Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik, Hamburg 1976, S. 103–115.

[80] FN, 22. 2. 1919/Mo., 27. 2. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sellschaftlichen Gruppen, nicht mehr vermittelt durch einen monarchisch verkörperten „Staatszweck", erschienen. In dieser Veränderung sahen die meisten Berufsgruppen des Neuen Mittelstandes, die sich in der einen oder anderen Weise zu den Unterprivilegierten des alten Regimes rechneten, keineswegs nur Nachteile, sondern auch eine Chance zur Verbesserung ihres sozialen Status und zur Verwirklichung spezifischer materieller und Mitwirkungswünsche im wirtschaftlichen und staatlichen Bereich.

4. Die Parteien nach der politischen Umwälzung

Offen war freilich die Frage, ob große Teile des Neuen Mittelstandes sich ohne Aufgabe eigener partikularer Interessen der Sozialdemokratie zuwenden konnten. Das künftige Schicksal des Liberalismus, aber auch die Chance einer Mehrheit für die Sozialdemokratie hing davon ab, welcher Partei es gelang, dieser größten bürgerlichen Schicht ein attraktives politisches Angebot zu machen. Die Bedeutung dieser Frage wurde von den meisten Frankfurter SPD- und USPD-Führern durchaus erkannt, und die Exekutive des Arbeiterrates handelte noch im November mit den entsprechenden Verbänden eine relativ großzügige Vertretung von Angestellten, Beamten und freien Berufen im Arbeiterrat aus, weil, wie es hieß, sonst die Gefahr bestehe, daß diese Gruppen „anderen Parteien in die Arme getrieben" würden. In einer quer durch beide sozialdemokratischen Fraktionen verlaufenden Abstimmung lehnte das Plenum des Arbeiterrates Anfang Dezember aber die Aufnahme von Leuten, die nicht „auf dem Boden der sozialistischen Republik" stünden, ab, weil sonst der Charakter des Arbeiterrats als „revolutionäres Tribunal" verwässert würde. Erst auf dringende Intervention der örtlichen Parteiführer wurden nach erneuter Beratung wenigstens einige Vertreter der sozialdemokratischen Angestellten und Beamten in den Arbeiterrat aufgenommen[81]. Hier zeigte sich eine Vernachlässigung des Neuen Mittelstandes weniger durch die Führung als durch die Basis der Sozialdemokratie, eine mangelnde Erkenntnis, welche Bedeutung angesichts der eingangs beschriebenen Sozialstruktur der Stadt der Neue Mittelstand für die Sozialdemokratie hatte.

Im Fortschrittlichen Volksverein wurde dies dagegen erkannt. Ein coup einer kleinen Gruppe von im bildungs- und im sozialpolitischen Bereich tätigen Personen unter Führung des zweiten Bürgermeisters (Hermann Luppe) veränderte die innerparteilichen Machtverhältnisse. Nachdem sie schon am 10. November

[81] Lucas, a. a. O., S. 42 f.; FN, 21. 11. 1918/Mo., 11. 12. 1918/Mo. (1. Zitat); FZ, 10. 12. 1918/2. Mo. (2. und 3. Zitat), 28. 12. 1918/2. Mo. – Ebenso Knies, a. a. O., S. 105, für Wuppertal. In vielen, meist kleinen Orten wurden dagegen „Volksräte" – in Kronberg gar ein „Bürger- und Arbeiterrat", FZ, 15. 11. 1918/2. Mo. – unter Einschluß Bürgerlicher gebildet. In Aachen dagegen lehnten die bürgerlichen Organisationen das Angebot des Arbeiterrates zur Umbildung in einen „Volksrat" ab (G. Plum, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region, Stuttgart 1972, S. 38).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Vorstand eine positive Stellungnahme zum Umsturz gefordert hatte, meldete sie sich am 12. November, drei Tage nach dem Umsturz und vier Tage vor dem Berliner Gründungsaufruf der DDP, als „Demokratischer Ausschuß" öffentlich zu Wort mit einem emphatischen Bekenntnis zur Republik, zur sozialen Gerechtigkeit und zur Selbstregierung des Volkes, wobei sie sich auf „die Ideen von 1848" berief. Wenn schon am folgenden Tage, dem 13. November, die Führung des Fortschrittlichen Volksvereins, die zu den Oktoberreformen geschwiegen hatte, ebenfalls ihre Begeisterung für die Demokratie entdeckte und eine Mitgliederversammlung die sofortige Einberufung eines Parteitages der FVP verlangte und den um etliche Personen erweiterten Demokratischen Ausschuß mit dem Entwurf eines neuen Programms beauftragte, so lag hier nicht durchweg eine Bekehrung zur Demokratie vor. Doch der von plebiszitärer Zustimmung und publizistischer Unterstützung durch die „Frankfurter Zeitung" getragene Demokratische Ausschuß drängte den zurückgetretenen, noch amtierenden Vorstand in den Hintergrund und legte die politische Linie fest: Die einzig akzeptable Koalition sei eine sozialliberale Koalition, um – wie es hieß – eine „Abdrängung des deutschen Sozialismus zum Bolschewismus" zu verhindern. Zur bürgerlichen Rechten, auch zu den Nationalliberalen, wurde ein scharfer Trennungsstrich gezogen[82]. Offensichtlich zielten die Reformer nicht auf eine Sammlung aller bürgerlichen Kreise, sondern auf die Gewinnung möglicher Sympathisanten der Sozialdemokratie, die von Demokratie und sozialer Reform nichts zu befürchten hatten, aber vor dem Sozialismus Halt machen wollten[83]. In der Tat erlebte der Fortschrittliche Volksverein, der sich nach Anschluß an die DDP in „Demokratischer Verein" umtaufte, im November einen starken Mitgliederzuwachs[83a].

Die jetzt besonders umworbenen Lohn- und Gehaltsempfänger im Demokratischen Verein organisierten sich Ende November in einem „Reichsverein demokratischer Arbeiter, Angestellten und Beamten", der als Kern einer Organisation auf Reichsebene gedacht war. Der Reichsverein vertrat einen sozialreformerischen demokratischen Liberalismus des Neuen Mittelstandes. Sein

---

[82] FZ, 12. 11. 1918/2. Mo. (1. Zitat), 14. 11. 1918/2. Mo. (2. Zitat), 16. 11. 1918/Ab.; H. Luppe, Mein Leben, Nürnberg 1977, S. 29. Vgl. am 11. 11. 1918/Mo. den Appell der FZ an „bürgerliche Demokraten" und Eksteins, a. a. O., S. 53 f. – Für ähnliche Vorgänge in Berlin und München vgl. L. Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972, S. 54-64, und Reimann, a. a. O., S. 184–187. – In den Städten des Frankfurter Umlandes war ein ähnlicher Linksruck nicht zu beobachten. In Mainz, Offenbach und Hanau fusionierten FVP und NLP zur DDP (FZ, 23. 12. 1918/Ab.; Krause, a. a. O., S. 74), auf Landes- bzw. Provinzebene in Hessen und Hessen-Nassau jedoch nicht.

[83] Zur Ablehnung des Begriffs der „bürgerlichen" Partei durch die Berliner Initiatoren der DDP vgl. W. Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962, S. 13, 37 f., und Eksteins, a. a. O., S. 36–39.

[83a] FZ, 22. 11. 1918/2. Mo., 29. 11. 1918/2. Mo. (über 1000 neue bei insgesamt 4400 Mitgliedern und „erhebliche finanzielle Zuwendungen").

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Initiator (Fecht) sprach von einem „neuen Bürgertum", dem neben Unternehmern und Kaufleuten „gleichberechtigt" auch solche „Hand- und Kopfarbeiter" angehörten, die über ihr Schicksal selbst bestimmen wollten; ihnen müsse „freie Bahn für den Aufstieg einzelner auf der sozialen Stufenleiter" eröffnet werden. Weil „engherzige Sonderinteressen der Selbständigen" in den liberalen Parteien dominiert hätten, hätten sich viele Lohn- und Gehaltsempfänger der SPD zugewandt, obwohl sie eine „Klassenpartei" und eine „Klassenherrschaft" eigentlich gar nicht wollten.[84] Auf dem Höhepunkt des Streites um die Mitbestimmung der Angestellten im Frühjahr 1919 versuchte der Reichsverein sogar, der Sozialdemokratie Reformfeindlichkeit vorzuwerfen: die Sozialdemokratie habe zwei Monate Zeit gehabt, die ihr zugefallene diktatorische Gewalt zu nutzen, um grundlegende soziale und politische Reformen durchzuführen; sie habe diese Zeit nicht nutzen können, weil sie durch interne Konflikte völlig gelähmt sei. Wer wirkliche Reformen wolle, unterstütze daher die DDP[85]!

Der Reichsverein verstand sich als Gegengewicht gegen die besitzbürgerlichen Interessen im Demokratischen Verein. Er torpedierte eine Fusion mit der DVP, die von örtlichen Parteihonoratioren und vom Hansa-Bund, der in Frankfurt eine Art gemeinsamer Wirtschaftsausschuß der beiden liberalen Parteien darstellte, betrieben wurde. Auch bei den Vorstandswahlen und den Abstimmungen über die Listenplätze auf den Wahlvorschlägen setzten die von ihm unterstützten Kandidaten sich durch, worauf der Hansa-Bund sich einmal empörte, daß „kein einziger Kaufmann" nominiert worden sei[86].

Die Aktivität des Reichsvereins war sowohl Indiz wie zusätzliche Motivation für die starke Hinwendung von Angestellten und Beamten zur DDP, deren Motiv nicht Opposition zur SPD war, sondern ein Wille zur Zusammenarbeit mit der SPD unter Wahrung spezifischer Interessen und Abgrenzungswünsche des Neuen Mittelstandes. Hier scheint das soziale Fundament für die entschiedene Orientierung der DDP zur sozialliberalen Koalition und gegen ein Wahlbündnis mit den anderen bürgerlichen Parteien gelegen zu haben.

Es war freilich eine offene Frage, ob die DDP unter diesen Umständen die beherrschende Stellung der FVP im bürgerlichen Lager würde behaupten können, ob sie in ihrem Bemühen, den nach links driftenden Neuen Mittelstand bei der Stange zu halten, nicht auf ihrem rechten Flügel empfindliche Einbußen riskierte. Darauf spekulierte die DVP, nachdem ihre Fusionsangebote zurückgewiesen worden waren. Als „Deutsche (liberale) Volkspartei", wie sie sich in Frankfurt nannte, richtete sie ihren Wahlkampf betont gegen die „Hintermänner" der DDP, die sie in den Redaktionsstuben der „ultrademokratischen Frank-

---

[84] FN, 25. 11. 1918/Mo., 16. 12. 1918/Mo.; FZ, 7. 12. 1918/1. Mo. (Zitate).

[85] FZ, 12. 5. 1919/2. Mo.

[86] FZ, 8. 12. 1918/2. Mo., 20. 12. 1918/Ab., 31. 12. 1918/2. Mo.; FN, 14. 2. 1919/Ab.; Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 20. 12. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (Zitat).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

furter Zeitung" vermutete und denen sie „Verrat am Bürgertum" vorwarf. Um der Abwanderung der gewerblichen Interessenten zur DVP vorzubeugen, betonte die DDP im Verlauf des Wahlkampfes zunehmend die wirtschaftsliberalen Teile ihres Programms. Dies wurde sichtbar gemacht durch den Einsatz des Frankfurter Handelskammer-Syndikus (Prof. Trumpler) als Wahlkämpfer, wogegen die DVP freilich den Hansa-Bund-Präsidenten aus Berlin (Prof. Rießer) aufbieten konnte[87].

Das soziale Profil der Kandidatenlisten freilich veränderte sich bei beiden Parteien zugunsten des Neuen Mittelstandes, doch die früheren Unterschiede blieben bestehen[88]. Die Frankfurter DVP blieb eine Partei mit finanzkräftigen Förderern, aber ohne starke Mitgliederbasis. Es gab in ihr weder eine demokratische Meinungsbildung noch Kampfabstimmungen. Die Festlegung der Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen wurde von der Mitgliederversammlung dem Vorstand überlassen[89]! Im Wahlkampf verließ sie sich mehr auf kostenaufwendige Großwerbung, während die DDP auch personalintensive Arbeit in zahllosen kleinen Wählerversammlungen betrieb.

Das Frankfurter Zentrum meldete sich erst Ende November zu Wort und stellte sich „auf den Boden der . . . Tatsachen". Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung habe die Regierungstätigkeit allein der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" zu dienen. Die Zurückhaltung ist im Vergleich zur DDP unübersehbar. Als neue „Christliche Volkspartei" forderte sie die „Förderung eines kräftigen Arbeiter-, Bauern-, Mittel- und Beamtenstandes", ohne dies näher zu erläutern. Ihre Resonanz blieb freilich beschränkt, bis die Hoffmannschen Erlasse der Partei Agitationsstoff lieferten[90]. Die Kandidatenlisten der CVP zeigen unter allen Parteien das ausgewogenste Bild: der Anspruch, eine „Volkspartei" zu sein, wurde hier am ehesten erfüllt.

Wie das Zentrum schlug auch die neue DNVP aus der Verunsicherung konfessionell gebundener Schichten durch die revolutionären Traditionsbrüche Kapital. Sie stellte in Frankfurt mehr das Erbe der Christlich-Sozialen als das der

---

[87] FN, 5. 1. 1919/Mo. (1. Zitat), 17. 1. 1919/Mo. (2. Zitat), 19. 1. 1919/Mo. (3. Zitat), 11. 1. 1919/Ab., 16. 1. 1919/Ab.

[88] Wahlvorschläge: Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R. 1130/XV. Vorstandswahlen: FZ, 29. 11. 1918/Ab. (DDP), FN, 25. 12. 1918/Mo. (DVP); 29. 12. 1918/Mo. (DNVP). Zentrumsvorstand: FZ, 23. 11. 1918/2. Mo. (keine Neuwahl). – Vgl. oben, Tabelle 3.

[89] FN, 15. 2. 1919/Ab. – Vgl. allgemein hierzu L. Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der DVP, Meisenheim 1970.

[90] FN, 25. 11. 1918/Ab. (Zitate), 30. 12. 1918/Mo. – Allgemein dazu R. Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 110 ff. – Seine politische Flexibilität zeigte das Zentrum noch deutlicher im katholischen Essen, wo es aus kulturpolitischen Gründen mit der DNVP eine Listenverbindung einging, sozialpolitisch aber mit der SPD kooperierte – was freilich zur Abspaltung einer „Bürgerpartei" führte. Vgl. Kühr, a. a. O., S. 62, 183, 197. In Frankfurt hatte die Listenverbindung mit DVP und DNVP auch eine sozialpolitische Grundlage. Die Linksorientierung des Frankfurter Zentrums setzte erst 1923 unter dem Einfluß von Dessauer und der Rhein-Mainischen Volkszeitung ein.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konservativen heraus und erhielt entscheidende Unterstützung von der „Deutsch-Evangelischen Volksvereinigung“[91].

Insgesamt ist eine Zunahme des parteipolitischen Engagements der bürgerlichen Schichten zu konstatieren, das zunächst vor allem im Demokratischen Verein zu spüren war, von dem bald aber auch die CVP und die DNVP profitierten.

5. Wahlkampf und Wahlergebnisse

Die künftige politische Verfassung, die ja im Grundsätzlichen durch den Verlauf der Revolution entschieden war, war in den Wahlkämpfen für die Wahlen zur Nationalversammlung (19. 1. 1919), zur preußischen Landesversammlung (26. 1. 1919) und zur Stadtverordnetenversammlung (2. 3. 1919) kein besonders kontroverses Thema zwischen den bürgerlichen Parteien in Frankfurt. Breiter Konsens herrschte auch in dem Wunsch nach einem einheitlichen rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet und in der Ablehnung des rheinischen Separatismus[92]. Selbst das heikle Thema der Sozialisierung spielte keine beherrschende Rolle im Wahlkampf der bürgerlichen Parteien untereinander. Mit dem Postulat, daß „freie Bahn dem Tüchtigen“ gewährleistet bleiben müsse, und dem Hinweis darauf, daß die „Sozialisierungsreife“ einzelner Industrien von „Fachleuten“ geprüft werden müsse, und daß zunächst die wirtschaftlichen Engpässe überwunden und die deutsche Position auf den Exportmärkten wiedergewonnen werden müßten, bevor man sich eine Sozialisierung leisten könne, wurde die Frage aus der praktischen Politik eskamotiert[93].

Konfliktstoff bot dagegen die Haltung zur Sozialdemokratie und die Beurteilung der Leistungen der Arbeiterräte und des Rates der Volksbeauftragten. Für die Rechtsparteien waren sie ausschließlich Organe einer Willkürherrschaft, Schmarotzer am deutschen Volksvermögen und unfähig zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit[94]. Demgegenüber war die Frankfurter DDP trotz ihrer Kritik an der „Klassendiktatur“ bereit, die organisatorischen Leistungen und die politische Zurückhaltung der Räte anzuerkennen, freilich ohne ihnen deswegen einen Anspruch auf dauerhafte verfassungsmäßige Verankerung zuzugestehen. Sie ließ keinen Zweifel an ihrer Koalitionswilligkeit mit der SPD und konterte den Vorwurf, das Bürgertum zu spalten, mit der Warnung, das „Bündnis der (All)Deutschen Volkspartei mit Zentrum, Konservativen und Antisemiten“ könne durch eine Polarisierung zwischen Bürgertum und

[91] FN, 21. 12. 1918/Mo., 11. 1. 1919/Mo., 15. 1. 1919/Mo. – Ähnlich Knies, a. a. O., S. 120–122, für Wuppertal. Die Frankfurter DNVP gehörte somit zu dem von W. Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, S. 51, als „gemäßigt“ bezeichneten Flügel der Partei.

[92] Drüner, a. a. O., S. 572; FZ, 4. 12. 1918/2. Mo.; Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1142 (rhein. Separatismus); FN, 6. 6. 1919/Ab.

[93] FZ, 14. 11. 18/2. Mo.; FN, 23. 12. 18/Mo., 9. 1. 19/Mo. (Zitat).

[94] FN, 31. 12. 1918/Ab., 14. 1. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeiterschaft den „blutigen Aufstand der Volksmassen" provozieren; die Rechtsparteien, nicht die Sozialdemokratie, seien die größere Gefahr für den inneren Frieden[95].

Ergriff die DDP hier die Offensive, so wurde sie bei dem anderen beherrschenden Thema des Wahlkampfes, der Schul- und Kirchenpolitik, von CVP und DNVP in die Defensive gedrängt. In der Frankfurter DDP bestand zunächst ein starker Trend zugunsten der Einheitsschule und der Trennung von Kirche und Staat. Als aber nach den Erlassen über die Gründung von Schülerausschüssen und die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts die Verteidiger des Bestehenden in den bürgerlichen Kreisen Oberwasser bekamen, rückte sie schrittweise von liberalen Positionen ab[96].

Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung trat dagegen die Frage der kommunalen Bewirtschaftungspolitik in den Vordergrund. Hier suchte die DVP durch besonderes Engagement gegen Lebensmittelbeschlagnahmen, Wohnungsbewirtschaftung und Pläne zur Kommunalisierung für den Lebensmittelhandel Wähler des Alten Mittelstandes zu gewinnen, während die DDP auch Konsumenteninteressen berücksichtigen mußte. Die Ende Februar erfolgte Gründung eines „Mittelstands-Ausschusses" der DDP als Gegengewicht gegen Hansa-Bund einerseits, Reichsverein andererseits, konnte das Wahlergebnis nicht mehr beeinflussen[97].

Wie war die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien bei den drei Wahlen und welche Faktoren bestimmten das Wahlverhalten in Frankfurt? In Ermangelung entsprechender zeitgenössischer Erhebungen können wir uns der Beantwortung dieser Fragen nur nähern, indem wir auf Stadtviertelebene die Wahlergebnisse in Beziehung zu relevanten Sozialdaten setzen und positive oder negative Korrelationen herausarbeiten[98]. Die Korrelationen sprechen freilich nicht für sich, sondern müssen durch Heranziehung weiterer Informationen erklärt werden. Die positive Korrelation zwischen katholischem Bevölkerungs- und sozialdemokratischem Stimmenanteil in Frankfurt

---

[95] FZ, 11. 12. 1918/Ab. (1. Zitat); FN, 16. 1. 1919/Mo. (2. Zitat), 18. 1. 1919/Mo. (3. Zitat). – Ähnlich Reimann, a. a. O., S. 190–192, für München (wo die Liberalen wegen ihrer Kooperationsbereitschaft später diskreditiert waren), Kühr, a. a. O., S. 184, für Essen, und Steinisch, a. a. O., S. 199 f., für Mülheim. Bei der Neuwahl des Essener Arbeiterrats im März 1919 wurde der Gegensatz zwischen der DDP und den anderen bürgerlichen Parteien freilich zugunsten einer gemeinsamen Liste „alle[r] auf dem Boden des Bürgertums" stehenden Verbände überwunden, die 50% der Sitze erhielt und den Arbeiterrat prompt lahmlegte (Kühr, S. 204).

[96] FZ, 28. 12. 1918/2. Mo., FN 17. 1. 1919/Mo.

[97] FN, 14. 2. 1919/Ab., 1. 3. 1919/Mo.

[98] Die bisherigen Forschungen zum Wählerverhalten 1919 leiden am Mangel statistischen Materials. Vgl. Albertin, a. a. O., S. 140, der ersatzweise – und nicht sehr ergiebig – Rückschlüsse von der „sachlichen und personellen Selbstdarstellung" der Parteien auf das Wählerverhalten versucht. – Zur „ökologischen Wahlanalyse" generell K. G. Troitzsch, Sozialstruktur und Wählerverhalten, Meisenheim 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verweist nicht etwa auf eine Affinität zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus; und von der niedrigen Wahlbeteiligungsquote in den großbürgerlichen Wohnvierteln kann nicht auf eine geringe Wahlbeteiligung dieser Schicht geschlossen werden, sie kann auch auf eine relativ geringe Wahlbeteiligung der im Haushalt des Arbeitgebers lebenden Hausangestellten zurückgehen. Sozialdaten dürfen also nicht isoliert betrachtet, sondern es muß jeweils die gesamte Sozialstruktur des Stadtviertels berücksichtigt werden.

Leider liegen wichtige sozialstrukturelle Daten (über Berufszugehörigkeit, Stellung im Beruf, Schulbesuch) nur für die Stadt insgesamt, nicht aber für die einzelnen Stadtviertel vor. Wir müssen uns deshalb bei der „ökologischen Wahlanalyse" mit Angaben über Steuerleistung, Einkommensstruktur, Mietniveau, Wohnungseigentum und Wohnungsgröße sowie über die Konfessionsstruktur der Stadtviertel begnügen[99]. Die Indikatoren für Lebens- und Wohnstandard sind deshalb relevant, weil Angehörige der bürgerlichen Schichten im Durchschnitt mehr verdienten und selbst bei gleichem Einkommen aufwendiger wohnten als Arbeiter[100]. Nach ihrer Sozialstruktur können wir nun die Stadtviertel, wie in Tabelle 4 geschehen, in acht Gruppen unterteilen:

1. die vom wohlhabenden Bürgertum bewohnten Stadtviertel Westliche Außenstadt (WA, 13 000 Einw.) und Nordwestliche Außenstadt (NWA, 18 600 Einw.), das sogenannte „Westend";
2. die überwiegend von bürgerlichen Schichten bewohnten Viertel Nördliche Außenstadt (NA, 40 200 Einw.) und Äußeres Sachsenhausen (AS, 41 600 Einw.) und das „bessere" Geschäftsviertel Westliche Neustadt (WN, 9 500 Einw.);
3. die bürgerlich-proletarisch gemischten Stadtviertel Östliche Außenstadt (OA, 36 800 Einw.), Östliche Neustadt (ON, 14 900 Einw.) und Bockenheim (BK, 42 600 Einw.) und das Geschäftsviertel Nördliche Neustadt (NN, 6 500 Einw.);
4. die großen überwiegend proletarischen Wohnviertel Nordöstliche Außenstadt (NOA, 47 200 Einw.) und Südwestliche Außenstadt (SWA, 64 100 Einw.), zu denen allerdings einige rein bürgerliche Bezirke gehören;
5. die überwiegend proletarischen Stadtviertel Inneres Sachsenhausen (IS, 11 600 Einw.), Altstadt (A, 21 200 Einw.) und Bornheim (BR, 26 400 Einw.);
6. der überwiegend bürgerliche Vorort Eschersheim (ES, 4 700 Einw.);
7. die überwiegend proletarischen Vororte Ginnheim (G, 5 200 Einw.), Eckenheim (EK, 5 400 Einw.), Rödelheim (R, 12 400 Einw.), Hausen (H, 1 900

[99] Steuerleistung: Statistische Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Ausgabe für das Jahr 1912/13, Frankfurt 1913, S. 119–120; Einkommensstruktur, Mietniveau und Wohnungseigentum: Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt am Main, Neue Folge, 11. Heft, Die Besiedelung des Frankfurter Stadtgebietes, Frankfurt 1919, S. 154, 146, 70; Wohnungsgröße und Konfessionsstruktur: Statistisches Handbuch, 2. Ausgabe (Anm. 22), S. 34–37, 68–70. Dort, S. 57 und 61, auch die im Text gemachten Angaben zur Einwohnerzahl (im Jahre 1920) und Wohndichte.

[100] Zum unterschiedlichen Stellenwert der Wohnungsausgaben in Angestellten- und Arbeiterhaushalten in der Weimarer Republik siehe Speier, a. a. O., S. 67.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einw.), Heddernheim (HD, 6 100 Einw.) und Praunheim (P, 1 400 Einw.) im westlichen Industriegürtel;

8. die noch stark landwirtschaftlich geprägten, aber großenteils schon von Industriearbeit lebenden Vororte Berkersheim (BE, 500 Einw.), Preungesheim (PR, 2 900 Einw.); Niederursel (N, 1 400 Einw.), Bonames (B, 2 000 Einw.), Seckbach (S, 3 100 Einw.), Oberrad (OR, 8 800 Einw.) und Niederrad (NR, 12 500 Einw.) im Norden, Osten und Süden der Stadt.

Tabelle 4
Indikatoren zur Sozialstruktur der Frankfurter Stadtviertel

Stadtviertel (u. Zahl der Stadtbezirke)	Durchschnittl. Steuerbetrag pro Wahlberecht. in d. Stadtbezirken 1912/13 (Mark)	Durchschnittl. Mietpreis auf eine Person in den Stadtbezirken 1912/13 (Mark)	Anteil der Wohnungsinh. (1910) mit e. Einkommen von über 10500 M %	unter 900 M %	Anteil d. vom Eigent. bewohnt. Wohnungen 1910 %	Anteil der 1-2-Zimmer-Wohnungen 1925 %	Anteil (1925) der Katholiken %	Israeliten %
WA (2)	2540/2931	389/507	46	6	27	18	26	22
NWA (3)	744/1515/2515	326/390/435	30	10	19	16	24	24
NA (3)	96/444/593	137/221/271	6	18	14	24	30	9
WN (2)	304/485	193/208	8	17	8	32	34	5
AS (5)	85/133/134/ 315/1641	105/110/121/ 188/324	4	12	14	34	31	2
NN (1)	214	157	4	21	9	37	35	9
OA (3)	119/132/333	131/153/179	4	18	9	41	30	17
BK (3)	100/119/138	102/106/136			8	46	33	2
ON (2)	109/127	125/132	2	26	7	42	34	20
NOA (5)	68/74/90/ 99/403	104/115/118/ 139/195	2	20	9	39	34	8
SWA (6)	42/58/58/92/ 204/535	83/90/115/131/ 135/215	3	15	5	49	37	2
IS (2)	75/107	96/104	1	24	10	58	37	1
A (3)	62/65/76	95/99/100	1	40	8	60	41	3
BR (3)	53/60/66	74/87/98	0	25	8	55	33	2
ES	151	114			35	24		
G	193	75			34	44		
EK	97	68			32	45		
R	77	83			13	43	33	1
H	96	66			23	40		
HD	68	59			26	39		
P	66	49			36	53		
BE	} 90	47			63	31		
PG		63			43	36		
N	94	54			54	32		
B	88	47			43	30		
S	93	82	0	13	43	47	14	0
OR	84	73	0	20	22	51	24	1
NR	86	74	0	20	17	52	32	0
Summe	266	143	5	19	11	41	31	6

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach Bevölkerungszahl und Wohndichte können nur die Gruppen 1 bis 5 als großstädtisch bezeichnet werden, die anderen haben kleinstädtischen bis ländlichen Charakter. Einen besonders hohen katholischen Bevölkerungsanteil hatten die Altstadt, das Innere Sachsenhausen und die Südwestliche Außenstadt, einen besonders hohen jüdischen dagegen das Westend und die beiden östlichen Stadtviertel in der Nachbarschaft des ehemaligen Gettos.

Tabelle 5
Ergebnisse der Reichstagswahl 1912 (R), der Wahlen zur Nationalversammlung (N), zur preußischen Landesversammlung (L) und zur Stadtverordnetenversammlung (S) 1919
(in % der gültigen Stimmen)

Stadtviertel	Wahlbeteiligung		FVP	DDP	DVP	DNVP	Z	CVP	SPD	MSPD	USPD	and.	
	R	N L S	R	N L S	N L S	N L S	R	N L S	R	N L S	N L S	R	S
WA	82	81–73–59	78	37–37–40	6– 6–19	20–19– 7	7	14–15–14	15	22–22–15	1– 1– 2	1	2
NWA	85	83–72–60	80	44–45–47	6– 6–19	20–18– 6	5	10–12–10	14	20–19–14	1– 1– 1	1	3
NA	86	82–73–59	53	32–33–31	6– 7–14	14–12– 8	9	14–15–15	35	32–32–24	2– 2– 4	3	4
WN	83	78–68–50	51	28–28–26	5– 5–15	13–12– 5	7	11–12–14	42	40–39–30	3– 4– 5	1	5
AS	87	84–75–61	51	27–29–27	6– 6–15	15–13– 9	8	12–13–13	40	38–38–30	1– 2– 3	2	3
NN	79	74–65–50	42	27–26–25	4– 3– 9	8– 7– 4	8	13–14–16	50	46–47–36	3– 3– 7	1	4
OA	83	75–71–57	50	33–33–32	4– 4– 8	8– 7– 5	8	11–12–13	40	40–40–32	4– 5– 7	2	3
BK		83–75–63		21–20–20	4– 4– 8	8– 7– 4		12–13–14		48–49–39	7– 7–12		2
ON	76	73–63–47	39	25–23–23	3– 3– 6	5– 4– 4	6	12–14–16	55	51–52–39	4– 5– 8	1	4
NOA	86	83–73–59	38	24–23–23	5– 5– 8	7– 6– 7	9	13–14–14	50	47–49–37	4– 4– 8	3	3
SWA	80	73–69–48	34	18–17–15	4– 4– 6	6– 5– 5	9	12–13–16	55	54–54–41	6– 6–13	1	4
IS	85	79–73–57	28	17–18–16	3– 3– 5	5– 4– 6	8	10–11–12	64	61–62–51	3– 3– 7	1	3
A	80	74–66–49	21	13–12–11	3– 3– 5	4– 4– 2	8	12–12–14	71	62–65–49	6– 5–13	1	4
BR	88	76–75–59	25	15–15–14	4– 4– 5	5– 3– 6	6	9–10–10	67	60–62–49	7– 7–14	2	2
ES		85–78–64		31–30–26	3– 4–18	17–15– 6		10–10–10		36–39–31	3– 2– 5		3
G		87–80–67		19–19–16	3– 3–11	11–10– 4		10–10–10		52–53–47	6– 5–10		3
EK		86–78–67		14–15–13	3– 3–11	12– 9– 2		12–12–14		53–56–45	7– 5–11		3
R		84–77–64		19–18–19	1– 2– 6	7– 6– 3		11–12–14		50–53–40	13–10–18		1
H	91	93–81–74	26	20–21–23	4– 3– 2	3– 2– 5	11	13–13–14	63	47–47–37	14–15–19	1	1
HD		83–78–65		14–14–12	2– 1– 3	3– 3– 3		12–13–13		56–57–47	13–13–20		1
P		88–85–84		19–20–19	2– 3– 3	4– 3– 4		4– 4– 3		40–45–33	32–26–38		0
BE		79–78–67		40–42–35	1– 2– 9	15–11–12		2– 3– 2		32–36–28	10– 8–13		1
PG		88–82–67		23–23–17	5– 4–13	10– 9– 9		6– 7– 7		48–50–36	8– 6–16		1
N	80	88–77–67	53	18–19–12	16–10–16	16–17–20	3	6– 6– 5	42	43–46–43	2– 2– 2	2	4
B	82	86–81–65	41	23–26–16	1– 1– 5	9– 9–10	1	2– 2– 2	58	65–64–62	0– 1– 2	0	3
S		87–78–66		24–23–26	10–11– 7	12–10–17		5– 6– 6		48–48–37	1– 2– 5		1
OR	92	89–84–71	34	20–20–13	5– 4– 5	7– 6–12	5	8– 9– 9	60	57–60–51	3– 3– 7	1	2
NR	92	84–78–66	29	18–16–15	3– 3– 5	5– 4– 3	7	11–12–14	62	62–64–56	2– 2– 6	1	2
Summe	84	80–72–58	42	24–24–23	5– 5–10	9– 8– 6	8	12–13–13	48	46–46–36	5– 4– 9	2	5

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Führen wir die Wahlergebnisse der Stadtviertel in der gleichen Reihenfolge auf (Tabelle 5)[101], so zeigt schon ein flüchtiger Blick auf beide Tabellen, daß zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten ein Zusammenhang bestand.

Betrachten wir nacheinander die einzelnen Parteien. Die SPD hatte in Frankfurt bei Reichstagswahlen schon lange vor dem Kriege das proletarische Wählerreservoir voll ausgeschöpft, wenn man von dem kleinen Prozentsatz Zentrum wählender Arbeiter absieht, aber nur einen marginalen Einbruch in bürgerliche Schichten erzielt[102]. Seit 1898, als sie ihr bestes Ergebnis erreichte, stagnierte sie bei etwa 50 Prozent der Stimmen. Man könnte nun erwarten, daß das Heraustreten der (Mehrheits-)SPD aus der Ecke der „reichsfeindlichen" Opposition durch die Übernahme der politischen Verantwortung und die oben erwähnte Emanzipationsbewegung im Neuen Mittelstand ihr 1919 weitere Stimmen bürgerlicher Provenienz zugeführt hätten. Das Wahlergebnis jedoch deutet nicht darauf hin. Der sozialdemokratische Stimmenanteil (einschließlich der USPD) stieg nur im großbürgerlichen Westend gegenüber 1912 nennenswert an, was – ebenso wie die überproportionalen Erfolge des Zentrums dort – auf die Stimmen der erstmals wahlberechtigten, häufig aus Arbeiterfamilien stammenden weiblichen Hausangestellten zurückgeführt werden kann. In allen anderen Vierteln blieb der sozialdemokratische Stimmenanteil so hoch oder so niedrig wie 1912. Trotz des Bemühens aller Parteien, sich für alle Bevölkerungskreise attraktiv zu machen, blieb die Scheidelinie zwischen Wählern der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Parteien dort, wo sie vor dem Kriege gewesen war. Im Kampf um die sozialdemokratischen Stimmen zwischen SPD und USPD aber verbuchte die letztere ihre größten Erfolge dort, wo die Industriearbeiterschaft am konzentriertesten lebte: in den westlichen Industrievororten[103].

Entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Presse[104] kam eine niedrige Wahlbeteiligung nicht den sozialdemokratischen Parteien zugute. Im Gegenteil, der Rückgang ihres gemeinsamen Stimmenanteils bei den Stadtverordnetenwahlen war dort am größten, wo auch der Rückgang der Wahlbeteiligung am größten war: in den großstädtischen Vierteln. Der Rückgang der Wahlbeteiligung und die gleichzeitige Zunahme der USPD-Stimmen in den proletarischen Vierteln reflektierten die Enttäuschung des sozialdemokratischen Wählerpotentials über die Resultate der Revolution.

Die gegenüber 1912 relativ erfolgreichste Partei war das Zentrum. Gleichwohl wählten nur 41 % der wählenden Katholiken in Frankfurt diese Partei, während es auf Reichsebene 63 % und im Regierungsbezirk Wiesbaden 56 %

---

[101] Statistische Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Ausgabe für die Jahre 1917/18 und 1918/19, Frankfurt 1920, S. 139 f. (NV-Wahl), 142 f. (LV-Wahl), 144 f. (SVV-Wahl); ebenda, Ausgabe für das Jahr 1911/12, Frankfurt 1912, S. 134 (RT-Wahl).

[102] Hierzu allgemein D. Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Frankfurt 1973, S. 278–285. Vgl. oben Anm. 28.

[103] Ebenso Kühr, a. a. O., S. 188–191, 201 f. für Essen.

[104] FN, 21. 2. 1919/Ab., 2. 3. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren[105]. Der Grund wurde bereits angedeutet: Der Katholikenanteil der Stadtviertel korrelierte stärker mit einer Stimmabgabe für die SPD als für das Zentrum, denn die Masse der Katholiken wohnte in den eher proletarischen Vierteln. Dort aber stimmte nur ein Drittel, in den bürgerlichen Vierteln dagegen die Hälfte der Katholiken für das Zentrum.

Woher aber kamen die neuen Stimmenanteile des Zentrums? Johannes Schauff hat auf Reichsebene nachgewiesen, daß 1919 erheblich mehr Frauen als Männer Zentrum wählten[105a]. Es ist also anzunehmen, daß auch 1919 die Frauen katholischer DDP-Wähler in Frankfurt vielfach für das Zentrum stimmten. Die große und mit der Dauer des Wahlkampfes zunehmende Bedeutung der schul- und kirchenpolitischen Streitfragen und die defensive, liberale Positionen zurücknehmende Haltung der DDP dazu erweist sich in Frankfurt wesentlich als Ringen um die Stimmen dieser Frauen. Die Einführung des Frauenwahlrechts brachte also eine Stärkung des „Klerikalismus" auf Kosten des demokratischen Liberalismus.

Die Stimmenanteile der DDP und der beiden Rechtsparteien korrelierten deutlich mit der „Bürgerlichkeit" der Sozialstruktur der Stadtviertel. Im Stärkeverhältnis der drei Parteien untereinander sind freilich differenzierte Trends auszumachen. Die DDP war zwar in fast allen Vierteln stärker als die beiden Rechtsparteien zusammen, doch der Abstand war in den großstädtischen Vierteln und in den westlichen Arbeitervororten größer als in den kleinstädtischen und ländlichen Vororten – ein Trend, der sich bei den Stadtverordnetenwahlen noch verstärkte, als die Rechte in diesen Vororten auf Kosten der DDP gewann und diese z. T. überflügelte, die DDP dagegen ihre Position gegenüber der Rechten in den großstädtischen Vierteln und den Industrievororten halten, ja im Westend sogar noch verbessern konnte. In die gleiche Richtung weist die Tatsache, daß die Stärke der DDP mehr mit den Variablen „Einkommen" und „Mietniveau", die der Rechtsparteien dagegen mehr mit der Variable „Hausbesitz" korrelierte.

Die Rechtsparteien erscheinen also tendenziell als Parteien des kleinstädtischen und hausbesitzenden, die DDP als Partei des großstädtischen Bürgertums. Indirekt ist aus den Indikatoren die Vermutung abzuleiten, daß die Wählerschaft der Rechten sich tendenziell stärker aus dem Alten Mittelstand, soweit er nicht katholischen oder israelitischen Glaubens war, die der DDP stärker aus dem Neuen Mittelstand rekrutierte – eine Vermutung, für die auch die oben analysierte Zusammensetzung der Parteigremien spricht[106].

---

105 J. Schauff, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, hrsg. v. R. Morsey, Mainz 1975, S. 76, 88 (für Frankfurt nach Schauffs Methode selbst berechnet).

105a Ebenda, S. 65 (Verhältnis der Männer- und Frauenstimmen beim Zentrum 41:59, bei der DDP 53:47).

106 Vgl. demgegenüber Kühr, a. a. O., S. 187, für Essen, wo das nichtkatholische städtische Bürgertum DVP/DNVP wählte und die DDP nur in kleinstädtischen Vororten bescheidene Erfolge erzielte. Siehe auch unten, Anm. 131.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber auch innerhalb der Rechten sind auffällige Trends zu erkennen. In den Januarwahlen erzielte die DNVP in den großstädtischen bürgerlichen Stadtvierteln erhebliche Stimmenanteile, die sie im März wieder an die DVP verlor. Offenbar wandte sich eine große Zahl großstädtischer nationalliberaler Wähler nach der Revolution zunächst der extremen Rechten zu, mochte dem Kurs der totalen Konfrontation zumindest auf kommunaler Ebene dann aber doch nicht folgen. In den mehr ländlich strukturierten Vororten mit sehr hohem Hausbesitzeranteil blieb die DNVP dagegen auch im März stärker als die DVP, ja gewann z. T. sogar noch Stimmenanteile hinzu. Hier, wo vor dem Krieg die Nationalliberale Partei dominiert hatte, blieb die postrevolutionäre Hinwendung zur radikalen Rechten eine dauerhafte Erscheinung.

Ungeachtet der heftigen Fluktuationen zwischen DNVP und DVP bleibt die Tatsache, daß die beiden Rechtsparteien in allen Wahlen des Jahres 1919 einen höheren gemeinsamen Stimmenanteil erzielten als die Nationalliberalen und die Christlich-Sozialen zusammen in der Vorkriegszeit. War auch hierfür wie beim Zentrum das Frauenwahlrecht in Verbindung mit konfessionellen Motiven verantwortlich? Schließlich hatte sich die evangelische Kirche deutlich für die Rechtsparteien, insbesondere die DNVP, engagiert. Zwar ist eine positive Korrelation zwischen protestantischem Bevölkerungsanteil und dem Stimmenanteil der Rechtsparteien nicht auszumachen – bei der Größe des ersteren und der Kleinheit des letzteren würde sie auch nichts besagen –, doch die Stimmeneinbuße der DNVP ohne entsprechende Gewinne der DVP bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung, als die DDP-Liste von einem protestantischen Theologen (Martin Rade) angeführt wurde, läßt die geäußerte Vermutung als berechtigt erscheinen.

Der Stimmenanteil der DDP korrelierte nicht nur mit der sozialstrukturellen „Bürgerlichkeit" der Stadtviertel, sondern auch mit dem jüdischen Bevölkerungsanteil. Ein hoher jüdischer Anteil konnte sogar ein Manko an „Bürgerlichkeit" aufwiegen, wie das gute Abschneiden der DDP im Ostend zeigt. Da keinerlei Anlaß zu der Vermutung besteht, daß die DDP etwa in besonderem Maße Nichtjuden in Vierteln mit starker jüdischer Minderheit angezogen hätte, müssen wir aus dieser Korrelation – die viel ausgeprägter ist als die zwischen Katholikenanteil und Zentrumsanteil – schließen, daß die überwältigende Mehrheit der Frankfurter Juden für die DDP gestimmt hat. Insofern hatte auch die DDP eine konfessionelle Stütze, die freilich zahlenmäßig zu schwach war, um zu verhindern, daß die „Konfessionalisierung" der Wahlentscheidung sich insgesamt zum Schaden der DDP auswirkte.

6. Versuch einer bürgerlichen Sammlung

Als Bannerträger einer bürgerlichen Sammlungspolitik gegenüber der Sozialdemokratie verstand sich der vom Hansa-Bund im Rahmen einer von Berlin ausgehenden „Bürgerrats"-Bewegung ins Leben gerufene „Ausschuß der bür-

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerlichen Berufsstände", kurz „Bürger-Ausschuß" genannt, der sich am 26. November mit einem Aufruf „An die werktätige Bürgerschaft" der Frankfurter Öffentlichkeit vorstellte[107]. Sein politisches Spektrum reichte durch alle vier bürgerlichen Parteien (der Vorsitzende, Dr. Dessauer, gehörte dem Zentrum an). Er strebte die „Sammlung des Bürgertums unter Ausschaltung jedes parteipolitischen Unterschieds" an, um „Parität" gegenüber dem Arbeiterrat, ein „Gegengewicht gegen die Autokratie der Arbeiterschaft" und die „volle Gleichberechtigung des Bürgertums" zu erreichen[108]; denn – so wurde in verbaler Konzession an rätetheoretische Vorstellungen, daß nur Werktätigen politische Mitspracherechte zustehen, erklärt – auch „die überwiegende Mehrheit des Bürgertums ist ja nichts anderes als arbeitende Klasse"[109]. Die Sammlung sei geboten, weil die Aufsplitterung der „Interessen des Bürgertums in berufsständische Gruppierungen", wie sie unter dem schützenden Dach des Obrigkeitsstaates entstanden war, unter den neuen Verhältnissen „keine Wirksamkeit entfalten" könne[110].

Während frühere Sammlungsversuche entweder unter solidarprotektionistischem oder unter liberal-antiagrarischem Vorzeichen gestanden hatten[111], schienen nun, in der Abwehr des Machtanspruchs der Arbeiterräte, die im Kaiserreich aufgebrochenen Gegensätze überbrückbar zu sein. Der Begriff des „Bür-

---

[107] Flugblatt vom 26. 11. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012. Vgl. Rundschreiben des Hansa-Bundes Hessen-Nassau vom 15. 11. 1918, ebenda. Zur Finanzierung des Frankfurter Bürger-Ausschusses siehe Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 20. 12. 1918, ebenda: „Finanziell hat sich der Hansa-Bund mit M 1000,– beteiligt, eine Collekte unter seinen Mitgliedern hat bis jetzt M 5500,– ergeben. Die bürgerlichen Berufsstände selbst haben inzwischen M 29 000,– zusammengebracht". – Die Bürgerratsbewegung ist bislang nicht erforscht, abgesehen von E. Könnemanns kurzem Artikel „Reichsbürgerrat" in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. 2, Leipzig 1968, S. 506–509, und der knappen Dokumentation von U. Klein u. K.-J. Scherer, Bürgerräte gegen die Arbeiterbewegung. Untersuchungen und Dokumente am Beispiel Elberfeld-Barmen 1918–1922, Hamburg 1976; vgl. auch Albertin, a. a. O., S. 32–34.

[108] Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 19. 11. 1918, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (1. Zitat); Rundschreiben des Hansa-Bundes Hessen-Nassau vom 28. 11. 1918, ebenda (3. Zitat); FN, 17. 11. 1918/Mo. (2. Zitat); FZ, 13. 11. 1918/Mo. (Aufruf der Hansa-Bund-Zentrale zur Gründung von Bürgerräten; 4. Zitat).

[109] FN, 18. 11. 1918/Mo.; vgl. auch den Titel des Aufrufs vom 26. 11. 1918. – Es wurde einerseits eine betonte Sammlung des „Bürgertums" als der Arbeiterschaft entgegengesetzter Schicht gefordert, andererseits aber die „ungesunde Unterscheidung" zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft beklagt (FN, 17. 11. 1918/Mo.), und ein Redner meinte auf dem ersten „Reichsbürgertag" am 5. 1. 1919: „Wir wollen keinen Klassenkampf aus Grundsatz, sondern nur solange, als er auch von der gegnerischen Seite betont wird" (FN, 6. 1. 1919/Ab.).

[110] Rundschreiben vom 15. 11. 1918 (vgl. Anm. 107).

[111] D. Stegmann, Die Erben Bismarcks. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln u. Berlin 1970; S. Mielke, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gertums" sollte alle „Berufsstände" integrieren und zielte gegen die „Herrschaft eines Berufsstandes über andere Berufsstände"[112]. Aber wenn die Arbeiter und die Zahnärzte als je ein Berufsstand gewertet wurden[113], war das Prinzip der Gleichberechtigung der Berufsstände pervertiert; wie in jedem berufsständischen System ohne proportionale Repräsentation öffnete die Beliebigkeit der Berufseinteilung der Manipulation Tor und Tür. Etwa 300 Vereine, Organisationen und Institutionen wurden unabhängig von ihrer Mitgliederzahl aufgefordert, je 2 bis 3 Vertreter zur öffentlichen Gründungsversammlung des Bürger-Ausschusses am 7. Dezember zu entsenden[114]. Das Ergebnis war eine deutliche Überrepräsentation der Unternehmer und der freien Berufe, wenngleich auch auf eine Vertretung von Angestellten Wert gelegt wurde, deren Anteil jedoch im Laufe der Zeit schrumpfte[115].

Die bürgerliche Sammlung hatte nur dann eine Chance, wenn es gelang, die zahlreichen Interessendivergenzen zu überwinden. Ein gemeinsamer Nenner wurde gesucht in dem gesamtbürgerlichen Wunsch nach „Schutz der persönlichen und wirtschaftlichen Sicherheit" und nach Zurückdrängung des Arbeiterrats, aber auch in dem unternehmerischen Interesse an der Streikbekämpfung, das als nationales Interesse dargestellt wurde, weil die Rückkehr zur Arbeitsdisziplin Voraussetzung für die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer" und für den zukünftigen Wiederaufstieg Deutschlands sei[116]. Demgegenüber vertrete der Arbeiterrat nur ein enges Partikularinteresse[117].

Vor allem aber die Angst, ungeschützt den Unterprivilegierten gegenüberzustehen, konnte als Motiv bürgerlicher Solidarisierung dienen. Zwar wurde das energische Durchgreifen der Sicherheitsorgane des Arbeiterrats bei Plünderungen im März 1919 gelobt[118], doch blieben die bewaffneten Matrosen und

[112] FN, 8. 12. 1918/Mo.

[113] Broschüre „Bürgerrat", Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R 174, S. 15 („Geistliche, höhere und mittlere Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte, Berufssoldaten, Lehrer, – Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte, – Fabrikbesitzer, selbständige Kaufleute, Angehörige technischer Berufe, – kaufmännische Angestellte, Kleingewerbetreibende, Unterbeamte, Innungsmeister, Handwerker, Arbeiter, – Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Frauen, Jugend von 20–25 Jahren").

[114] Einladungsschreiben vom 4. 12. 1918, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, S 2059.

[115] Das Verhältnis zwischen Kapitalisten (Industriellen, Bankiers und Handelsunternehmern), Altem Mittelstand (Händlern und Handwerkern), Akademikern (freiberuflich und beamtet) und Neuem Mittelstand (mittleren Angestellten und Beamten) war im Gründungsausschuß 10:4:10:7 und in dem im Dezember gewählten Ausschuß 7:3:6:4 (Aufruf vom 26. 11. 1918, s. o., Anm. 107; FN, 8. 12. 1918/Mo.). Bis zum Mai 1919 waren noch etliche Unternehmer hinzugekommen, und der engere Vorstand setzte sich aus einem Fabrikanten, einem Bankier, einem Kaufmann, einem Professor und einem Angestellten zusammen (FN, 15. 5. 1919/Mo.).

[116] Aufruf vom 26. 11. 1918 (1. Zitat) und Flugblätter vom Dez./Jan., Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012; Anzeige in FN, 4. 1. 1919/Mo. (2. Zitat).

[117] Flugblatt vom 17. 2. 1919, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, S 2059.

[118] Drüner, a. a. O., S. 366–369; FN, 3. 4. 1919/Mo.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeiter in bürgerlichen Augen ein Risiko. Der Bürger-Ausschuß sprach dem Arbeiterrat nach der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung jede Legitimation zur Fortsetzung der Polizeitätigkeit ab und drängte den Magistrat – zunächst erfolglos – zur Aufstellung einer Einwohnerwehr, für die er in geheimer Zusammenarbeit mit Berliner Reichswehrstellen bereits Vorbereitungen traf[119]. Diese Ordnungspolitik durfte aber nur die USPD und KPD zu innerstaatlichen Feinden erklären und konnte, zumal im entmilitarisierten Frankfurt, nicht gegen die örtliche SPD durchgesetzt werden. Deshalb suchte der Bürger-Ausschuß eine offene Konfrontation mit dieser zu vermeiden und schloß sich z. B. der vom zweiten „Reichsbürgertag" Ende März beschlossenen „Bürgerstreik"-Drohung nur mit Einschränkungen an[120]. Erst mit Hilfe der SPD und der Gewerkschaften gelang es im Herbst 1919, den Arbeiterrat zu lähmen und seine Polizeitruppe zu entwaffnen[121]. Mit der Entmachtung des Arbeiterrats verlor auch der Bürger-Ausschuß seine Bedeutung als bürgerlicher „Oberverein" und schrumpfte zu einem antisozialistisch-„staatsbürgerlichen" Diskussionszirkel[122]. Das Interesse an innerer Sicherheit allein, das im Prinzip ja auch von der Arbeiterschaft geteilt wurde, reichte nicht aus, um eine dauerhafte Grundlage für eine bürgerliche Sammlung abzugeben.

Nachdem mit der Etablierung eines parlamentarischen Regierungssystems und der Stabilisierung der inneren Sicherheitslage die unmittelbare Gefahr einer sozialen Revolution abgeklungen war, akzentuierten die wirtschafts- und sozialpolitischen Verteilungskämpfe und die Kontroversen um die Sozialisierungs- und Mitbestimmungsgesetzgebung wieder die unterschiedlichen Interessenlagen in den bürgerlichen Schichten. Ein gutes Beispiel für die veränderte Stimmung im Frankfurter Unternehmertum bietet die Reaktion des Frankfurter Hansa-Bundes auf die Ende Mai 1919 von der Delegiertentagung in Berlin verabschiedeten neuen Richtlinien, die den Hansa-Bund als „Schutzbund des deutschen Unternehmertums in Handwerk, Handel und Industrie" definierten[123]. Anders als im

---

119 Material dazu im Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R 1332 und R 1335.

120 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 1. 4. 1919, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012. – Allgemein dazu demnächst meine Untersuchung „Bürgerräte und Bürgerstreiks 1918–1920".

121 Näheres über den Konflikt der SPD mit dem Arbeiterrat über die Frage der Neuwahl und den politisch-militärischen Handstreich im Herbst 1919 bei: Drüner, a. a. O., S. 385–388; Lucas, a. a. O., S. 118–129; Stadtarchiv, Akten des Magistrats, R 107. Allgemein dazu Kolb, a. a. O., S. 271–281.

122 Rundschreiben des Bürger-Ausschusses vom 4. 2. 1920, Stadtarchiv, Akten des Magistrats, S 2059. – Als „Oberverein" wird das Organisationsmodell des Elberfelder Bürgerrats von Klein/Scherer, a. a. O., S. 12, charakterisiert.

123 Richtlinien für die Tätigkeit des Hansa-Bundes vom 25. Mai 1919, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012. Die Erläuterungen waren noch deutlicher: „Erfolgreiche Unternehmerpolitik kann gegenüber den Massenorganisationen der Arbeiter und Angestellten ... nur durch ... die Zusammenfassung der vielen Fachverbände zu einer Einheitsfront" getrieben werden. Bezeichnenderweise gehörte dem neugewählten 21köpfigen Präsidium kein Angestelltenvertreter mehr an (ebenda).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oktober 1918, als auch Unternehmer im Frankfurter Hansa-Bund sich gegen eine neue Richtlinie gestemmt hatten, die die Angestellten brüskieren konnte[124], protestierten diesmal nur Angestelltenkreise selbst[125]. Zur Zuspitzung kam es während eines Tarifkonflikts mit höheren Angestellten im Herbst 1919. Als mehrere Angestellte aus dem Vorstand ausschieden oder mit ihrem Ausscheiden drohten, wurde zwar beschwichtigend erklärt, daß keine „Kampfstellung gegen die Angestellten" beabsichtigt sei, von ihnen aber doch verlangt, daß sie sich „den neuen Richtlinien des Hansa-Bundes gemäß auf den Boden der deutschen Unternehmerschaft stellen"[126]. Eine besondere Rücksichtnahme auf die Angestellten erschien auch dem Frankfurter Unternehmertum nicht mehr nötig oder lohnend.

Seine Sammlungsbestrebungen gingen inzwischen in eine andere Richtung. Die Erregung des Handels und Handwerks über sozialdemokratische Pläne, die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs in städtische Regie zu übernehmen, bot dem Großunternehmertum die Chance, die Massen des „alten Mittelstandes", die für die Abwehr einer Sozialisierung der Grundstoffindustrien nicht zu mobilisieren gewesen wären, fest an seine Seite zu ziehen. Da der Frankfurter Bürger-Ausschuß – im Gegensatz zu Bürgerräten anderer Städte – in dieser Sache „der Sozialdemokratie gegenüber zu nachgiebig" war, ergriff wiederum der Hansa-Bund die Initiative mit der Gründung eines „Abwehrausschusses gegen die Kommunalisierung in Frankfurt am Main"[127]. Im Winter 1919/20 kam es zu weitgehenden Kooperationsabsprachen zwischen den Verbänden des Großgewerbes und des Kleinhandels und Handwerks mit dem Ziel, zu einer „Vereinheitlichung der Interessen gelegentlich kommender Wahlen" zu gelangen und „Kandidaten zu gewinnen", insbesondere in der DDP den „freiwirtschaftlichen Flügel" gegen die „Sozialisierungswirtschaft der Frank-

---

124 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 12. 10. 1918, ebenda. Die von der Zentrale angeregte Einführung des Leitsatzes „Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums" wurde „mit allem Nachdruck" zurückgewiesen, weil er „von den Angestellten und dem minderbemittelten Handwerk ... mißverstanden werden" könne als Schutz „derjenigen Kreise vor kommenden Abgaben ..., die jetzt schlechthin als die ‚Kriegsgewinnler' bezeichnet werden".

125 Bericht über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Ortsgruppe Frankfurt des Hansa-Bundes vom 31. 5. 1919, ebenda; Schreiben Fechts vom 1. 11. und Trumplers vom 6. 11. 1919, ebenda.

126 Bericht ... vom 16. 10. 1919 (2. Zitat), vom 14. 11. 1919 (1. Zitat), vom 22. 11. 1919 und vom 4. 1. 1920, ebenda. In der Sitzung vom 4. 1. 1919 erklärte der Hansa-Bund-Präsident Rießer, nach der gewerkschaftlichen Orientierung der Angestelltenverbände habe „der Hansa-Bund keine Veranlassung gehabt ..., diese Organisationen noch besonders in seinen Reihen zu berücksichtigen".

127 Bericht ... vom 1. 4. 1919, ebenda (Zitat); FN, 30. 4. 1919/Ab.; Akten des Abwehr-Ausschusses im Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1169. – Er wurde Ende April als „Abwehr-Ausschuß gegen die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels" gegründet und später erweitert.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

furter Zeitung" zu stärken[128]. Diese handfeste Politik eines „gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Unternehmer" wurde nunmehr als „Sammlung des Bürgertums" bezeichnet[129] und löste die weitergehende Sammlungskonzeption der Revolutionszeit, die im Bürger-Ausschuß ihren Ausdruck gefunden hatte, ab.

7. Zusammenfassung

Die Renaissance des Begriffs „Bürgertum" in der Revolutionszeit verweist auf ein gescheitertes Vorhaben – konkretisiert in dem liberalen Fusionsversuch und in der Bürgerratsbewegung –, nicht auf eine politische Realität. Erich Eyck schrieb 1919: „Es gibt keine Politik des Bürgertums mehr, sondern nur eine Politik des Beamtenstandes, eine Politik des gewerblichen Mittelstandes, eine Politik der Privatangestellten usw."[130] Mag diesen Worten auch Kritik an interessengebundener Politik aus der Warte des klassischen liberalen Politikmodells zugrundeliegen, so enthalten sie doch eine richtige Beobachtung. Am Beispiel Frankfurts konnte gezeigt werden, daß die Schichten, die man damals in Deutschland dem „Bürgertum" zurechnete, in der Revolutionszeit durch mehrfache Gegensätze gespalten waren: zwischen unterschiedlichen ökonomischen und sozialpolitischen Interessenlagen, zwischen Konfrontations- und Koalitionspolitik gegenüber der SPD, schließlich zwischen liberaler und konfessionell bestimmter Politik. Die antirevolutionäre Position fand im „Alten Mittelstand" ihre soziale Massenbasis, in dem wieder größer gewordenen politischen Gewicht kirchlicher Bindungen eine wichtige Stütze und in dem Abwehrkampf gegen Kommunalisierungspläne einen neuerlichen Mobilisierungsfaktor. In der zahlenmäßig größten der „bürgerlichen" Schichten Frankfurts, im „Neuen Mittelstand", fanden dagegen die politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution im wesentlichen ein positives Echo. Wenn gleichwohl der Sozialdemokratie hier keine entscheidende Verbreiterung ihrer Wählerbasis gelang, so deshalb, weil sie den spezifischen Sonderinteressen der Gruppen des „Neuen Mittelstandes"[131], die sich eben nicht als Angehörige einer „neuen Arbeiterklasse" verstanden, als Partei der alten Arbeiterklasse nicht recht entgegenkommen konnte. Aber die Mehrheit dieser Schicht war ebensowenig für eine antisozialdemokratische bürgerliche Sammlung zu gewinnen, sondern bildete das soziale Fundament für die Festlegung der Frankfurter DDP auf den Kurs der sozialliberalen Koalition. Den Gründen

---

128 Bericht ... vom 22. 11. 1919, Stadtarchiv, Akten der Handelskammer, 1012 (3. u. 4. Zitat); Bericht über die Sitzung der Fachverbände Frankfurt a. M. vom 17. 12. 1919, ebenda (1. u. 2. Zitat).

129 Presseerklärung vom Nov. 1919, ebenda, Bl. 244 (2. Zitat); Rundschreiben des Hansa-Bundes, Landesverband Südwest, Sitz Frankfurt, vom 24. 6. 1920, ebenda (1. Zitat).

130 E. Eyck, Des deutschen Bürgertums Schicksalsstunde, Berlin 1919, S. 15.

131 Siehe dazu jetzt den Literaturbericht von H. Siegrist, Angestellte, technisch-wissenschaftliche Intelligenz und Arbeiterklasse, in: Neue Politische Literatur, 23 (1978), S. 367–380.

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nachzugehen, warum sie sich später davon abwandte und auch in Frankfurt, wo es einen parteipolitischen Antisemitismus vorher so gut wie nicht gegeben hatte, wie die Mehrheit aller bürgerlichen Schichten schließlich der Anziehungskraft des vermeintlich sozialpolitisch aufgeschlossenen und keinen Klassenstandpunkt vertretenden Nationalsozialismus erlag[132], der anstelle des gescheiterten liberalen Wettbewerbsmodells („freie Bahn dem Tüchtigen") eine sozialharmonistische, rassistische Führer-Ideologie anbot, jedoch erst in einem Untergang die Voraussetzungen für eine erstmals in der deutschen Geschichte erfolgreiche bürgerliche Sammlung schuf[133], führt über die eingangs umrissene Fragestellung unserer Untersuchungen hinaus.

---

[132] 1920 wurde die DVP nach Stimmen zur größten bürgerlichen Partei in Frankfurt, 1924 die DNVP, 1928 wieder die DVP und 1930 die NSDAP. Vgl. die einschlägigen Statistischen Jahresübersichten der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1922 ff. – Wenn Hartenstein, a. a. O., S. 242–246, einen besonders hohen DVP-Stimmenanteil in Städten mit einem starken Anteil des Neuen Mittelstandes konstatiert, so zieht er dabei erstens vor allem Residenzstädte mit einem hohen Beamtenanteil heran und stützt sich zweitens allein auf die Wahl von 1920. Für diese Wahl gilt seine Beobachtung auch in Frankfurt, doch die zeitweise Hinwendung des Neuen Mittelstandes zur bürgerlichen Klassenpartei DVP war höchst instabil. Vgl. dazu meine oben (Anm. 28) genannte Zusammenstellung.

[133] Vgl. dazu G. W. F. Hallgarten u. J. Radkau, Deutsche Industrie und Politik, Frankfurt 1974, S. 449–465 („Probleme der Begründung einer neuen bürgerlichen Massenbasis", mit weiterführender Literatur).

Jahrgang 27 (1979), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte